



Nr. 73. Morgen-Ausgabe.

Siebzehntausender Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 13. Februar 1875.

Die bischöfliche Collectiv-Eklärung.

Sie mögen sich drehen und winden wie sie wollen, die Herren Bischofe; Bismarck hat doch Recht, buchstäblich Recht, und daß er Recht hat, dafür sind die Bischofe selbst die besten und zuverlässigsten Zeugen.

Der Reichskanzler hatte in seiner bekannten Circulardepeche die Behauptung aufgestellt, daß durch die Vaticanischen Beschlüsse die Stellung des Papstes zu den Bischofen sowohl als zu den Regierungen eine vollständig andere geworden sei und daß die letzteren daher die Pflicht haben, sich um die Papstwahl zu bekümmern und unter Umständen dem neu gewählten Papste die Anerkennung zu versagen. Gründlicher Irrthum — antworten die deutschen Bischofe in ihrer Erklärung — Alles falsch; die Stellung des Papstes zu den Bischofen und diese zum Papste hat sich nicht im Mindesten geändert, es ist Alles beim Alten geblieben; das vaticanische Concil hat durchaus nichts Neues verkündet, sondern nur alte katholische Wahrheiten von Neuem bestätigt. Merkwürdig! Aber wozu denn da der ganze Lärm? Nicht etwa der Lärm, der von den Regierungen, insbesondere auch von den katholischen Regierungen, vom Volke, ganz besonders auch innerhalb der katholischen Bevölkerung und vorzugsweise der gelehrten Welt, von der gesammten Presse, auch der ultramontanen u. s. w. erhoben worden ist. Nein, wir meinen den Lärm, welchen die Bischofe selbst und ganz besonders jenen Bischofen, deren Namen unter der Collectiv-Eklärung stehen, vor dem Concil und während desselben erhoben haben. Wozu das Beruhigungs- und Beschwichtigungs-Manifest, das von Fulda ausging? Wozu die Opposition auf dem Concil? Wozu die Erblitterung, daß die Minorität unterdrückt werde, daß das Concil kein freies, kein öf- fentliches sei? Wozu die gerade von den deutschen Bischofen erhobene Beschwerde, daß die Geschäftsortnung eine octroyirte sei und jede freie Discussion verhindere? Wozu der Fussfall vor dem Papste? Wozu die Zurückziehung in die Einsamkeit mit dem Gedanken, daß Amt niedergelegen? Wozu die Zöggerung, sich den vaticanischen Beschlüssen zu unterwerfen? Wozu das Alles? Etwa blos, weil die Bekündigung der sogenannten „alten geoffenbarten katholischen Wahrheiten“ zur Zeit „inopportunit“ sei? Das glaubt Euch Niemand; selbst unter den Ultramontanen giebt es keinen mehr, der so lächerlich wäre, heute noch von Opportunität oder Inopportunität zu schwärzen.

Nein, und wenn wir zehnmal Keizer sind, in diesem Punkte sind wir doch katholischer als die Herren Bischofe. Wir meinen, die Wahrheit zu verkünden, sei niemals und an keinem Orte inopportunit; im Gegentheil sie ist die erste und heiligste Pflicht, insbesondere der Geistlichen und Lehrer, speciell der „Oberhirten“. Wenn es alte anerkannte und geoffenbarte katholische Wahrheiten und nichts Anderes waren, deren Bekündigung die Jesuiten in Rom von dem durch sie beherrschten Concil verlangten, so war es die Pflicht und Schuldigkeit der Bischofe, jede Opposition zu unterlassen und sich an die Spitze der Verkünder zu stellen. Denn so unbekannt können doch alte katholische Wahrheiten den Bischofen nicht sein, daß sie daran zweifeln und Jahre lang darüber grübeln, ob sie auch wirklich wahr sind oder nicht? Ums Himmels Willen, wenn die Bischofe zweifeln, was sollen denn da die Laien thun, und was sollen wir Keizer von solchen alten anerkannten und noch dazu geoffenbarten katholischen Wahrheiten halten? Unter solchen Umständen macht Ihr wahrließ keine Proselyten.

Jedoch die Bischofe hätten alles Recht, über unsere Naivität zu lächeln, wenn wir annehmen wollten, sie hätten nicht eben so gut gewußt wie der Reichskanzler und wie alle Welt — am besten freilich — die Jesuiten in Rom — daß es in der That neue Lehren waren, die vom vaticanischen Concil verkündet, und neue Beschlüsse, die von ihm gefaßt wurden. Nur diese Annahme erklärt die Opposition und die ganze Haltung der deutschen Bischofe; andernfalls wäre sie geradezu ein Verbrechen gegen die Kirche gewesen. Es galt, den Universalbischof zu proklamieren und zwar ausgestattet mit dem vollsten Absolutismus, gegen den es keine Widerrede, sondern nur noch Gehorsam und zwar den sturtesten, blindesten Gehorsam giebt; daher die Unschlüssigkeit, eine Eigenschaft, welche dem Papste zu seiner Herrschaft über die Gewissen, besonders auch die Gewissen der Bischofe, noch fehlte. So wurden die Bischofe — wie der Reichskanzler sich sehr milde ausdrückt — die Werkzeuge und die Beamten des Papstes, in Wahrheit seine Maschinen.

Freilich steht der Absolutismus des Papstes — wie es in der Collectiv-Eklärung sehr bezeichnend heißt, — „unter dem göttlichen Rechte“, aber wie dieses „göttliche Recht“ interpretirt wird und wie weit es sich ausdehnen läßt, darüber hat einzige und allein der Papst Entscheidung zu treffen und zwar vermöge seiner Unschlüssigkeit in oberster Instanz, gegen welche es ebenfalls keine Widerrede giebt. Ja, die schöne Zeit der Opposition für die Bischofe ist vorüber, sie haben zu gehorchen, wie sie es durch ihre Unterwerfung unter die vaticanischen Beschlüsse so schön bereits bewiesen haben. Rom wird sich hüten, noch einmal ein Concil zusammen zu berufen. Wo einer allein unschbar zu entscheiden hat, da ist das Concil ein unnützes Möbel, das man bei Seite wirft, wie der absolute Ludwig XIV. die Reichstände bei Seite warf. Roma locuta, causa finita, wenn der Papst gesprochen, giebt es keine Opposition mehr; durch die vaticanischen Beschlüsse ist der Spruch zu seiner vollen Verwirklichung gelangt.

Sie mögen es doch einmal versuchen, die deutschen Bischofe, auch nur in untergeordneten Dingen Opposition zu machen; man wird ihnen in Rom zeigen, was man nach den vaticanischen Beschlüssen dort unter Gehorsam versteht. Nicht einmal Vorstellungen dürfen sie wagen; der Papst hat ihnen während des Concils gezeigt, wie er dieselben zurückzuweisen versteht. Ja, noch mehr; nicht bloß passiv müssen sie sich verhalten, sie müssen auch tatsächlich ausführen, was ihnen von Rom aus befohlen wird. Es ist ja ein öffentliches Geheimnis, daß mehrere deutsche Bischofe im jetzigen Kampfe zur Nachgiebigkeit geneigt und gern einen modus vivendi mit den deutschen Regierungen eingehen würden; ihre Collegen thun es ja in andern Staaten; aber sie dürfen nicht; Rom duldet es nicht, denn gerade gegen Preußen und Deutschland muß schon aus alter Tradition der Kampf fortgeführt werden.

Dieser blonde Gehorsam gegen römische Befehle geht ja noch weiter. Neulich wagten einige ultramontanen Organe die Behauptung aufzustellen: Beamte des Staates könnten unter Umständen zur Ausführung der Maigesetze mitwirken. Man wird einräumen, daß selbst vom ultramontanen Standpunkte aus sich darüber wenigstens freien

läßt. Aber Quos ego! donnert es von Rom her; Ihr in Deutschland sollt nicht streiten, noch untersuchen; Rom verlangt Gehorsam und blinde Unterwerfung. Und gehorsam dem römischen Befehle, der nicht etwa vom Papste oder einem seiner Cardinale, sondern von einem nur unter dem Einflusse des Vaticanis stehenden römischen Journale ausging, krochen unsere deutschen Journale zu Kreuze und seufzten erschrocken: wir haben uns geirrt; pater peccavimus —, verzeiht. Ihr römischen Zeitungsschreiber, die Ihr das besser wissen müßt; wir haben nach deutscher Sitte wieder einmal gewagt, zu denken; wir werden es nicht wieder thun. Und sie haben es wirklich nicht wieder gethan; sie haben sich das Denken abgewöhnt.

Ob nun unter solchen Umständen, da die vaticanischen Beschlüsse, wie der Reichskanzler mit Recht behauptet, wirklich Neues geschaffen und die Stellung des Papstes zu den Bischofen gänzlich verändert haben, das deutsche Reich sich in die Papstwahl mischen und möglicher Weise den neuen Papst anerkennen oder nicht anerkennen wird, das ist einzige und allein Sache des deutschen Reiches und seines Kanzlers; daran wird die Collectiv-Eklärung der Herren Bischofe auch nicht das Mindeste ändern. Die Anerkennungsfrage ist eine Frage der auswärtigen Politik, und so weit sind wir noch nicht, daß darein die Bischofe ein Wort mitzusprechen hätten. Ein Unglück wäre es ja auch nicht, wenn wir wieder einmal zur Abwechslung zwei Päpste hätten; es ist ja oft genug dagewesen; selbst drei hat die katholische Christenheit einmal gesehen; sie haben sich auch ordnungsmäßig einander in den Bann gehan, und es wäre heute eine recht nette Untersuchung für ultramontane Theologen, wer von den Dreien eigentlich unfehlbar gewesen ist.

Was schließlich den Reichskanzler betrifft, so wird die Collectiv-Eklärung seinen Nerven sicherlich nicht schaden, sondern vielmehr zu seiner Erholung und mithin zu seiner Gesundheit beitragen.

Breslau, 12. Februar.

Das Abgeordnetenhaus ist endlich in der gestrigen Sitzung mit der allgemeinen Debatte über die Reformgesetzgebung zum Schluß gekommen. Drei Tage hat die Debatte in Anspruch genommen, aber man kann nicht sagen, daß die Zeit eine verlorene war, denn es sind eine Menge neuer Gesichtspunkte aufgestellt worden, die fruchtbringend in der Commission wirken und ihr auch in zweifelhaften Punkten Directiven geben werden. Um glänzendsten und überzeugendsten sprach gestern der Abg. Berger, welcher die Gedenkschrift des Abg. v. Sybel glücklich widerlegte; es wäre wohl der größte Stolz für das Centrum gewesen, wenn das Abgeordnetenhaus aus Furcht vor dem Ultramontanismus die Ausdehnung der großen Verwaltungsreform auf Rheinland und Westphalen abgelehnt hätte. Nachdem aber der Antrag Birchow's mit einer Majorität, wie sie wohl bei wichtigen Fragen, die noch dazu in gewisser Beziehung Parteidifferenzen sind, sich selten zusammenfinden — 292 gegen 28 Stimmen — angenommen wurde, wird sich das Ministerium, das ja eingestandener Maßen jene Sybel'sche Furcht auch nicht teilt, nicht weigern können, dem Antrage nachzukommen. Die Regierungspräsidenten, der zweite Streitpunkt, sind ganz ohne Vertheidigung geblieben; sie werden wohl in der Commission vollständig fallen. Die nationalliberale Partei hat sich in ihrer Fractionssitzung fast einstimmig gegen dieselbe ausgesprochen.

Der „Mgd. B.“ schreibt ein Correspondent aus Berlin: „Wie ich aus bester Quelle mittheilen kann, hat der Justizminister angeordnet, daß die alljährlich über die Justizbeamten einzureichenden Personal-Nachweisungen auch nähere Angaben über die Vermögensverhältnisse der einzelnen Beamten enthalten sollen. Diese Anordnung kann wohl nur deshalb getroffen sein, weil man es vermeiden will, Beamte ohne Vermögen an Orte zu versetzen, welche besonders hohe Ansprüche an den Geldbeutel machen. Wenigstens wurde, wie ich ebenfalls verbürgen kann, einem Justizbeamten, welcher sich um Förderung und Versetzung in einen größeren Ort bewarb, von competenten Seite gerathen, seinem Gesuch die Bemerkung beizufügen, er sei in der Vermögenslage, auch in einem größeren Orte sorgenfrei zu leben. Diese Thatsachen werfen von Neuem ein grelles Licht auf die unhaliboren Gehaltsverhältnisse, unter denen die Justizbeamten zu leiden haben. Wir wollen in der Anordnung des Herrn Ministers eine väterliche Fürsorge für die Beamten seines Ressorts nicht verleugnen, aber wenn man bei Förderungen und Versetzungen, von der Ungunst der Verhältnisse hierzu gezwungen, Rücksicht nehmen muß auf die Vermögenslage des zu befördernden Beamten, so ist dies von allen schlimmen Rücksichtnahmen, die wir unter den früheren Justizverwaltungen kennen gelernt haben, die allerschlimmste.“

Wie aus Darmstadt berichtet wird, ist diese Stadt als der Ort der zu Prüfung d. J. stattfindenden zweiten allgemeinen deutschen Lehrerversammlung bestimmt worden.

In Österreich schwirrten in den letzten Tagen Gerüchte über eine Ministerkrise durch die Blätter. Dieselben sind grundlos und auf eine Neuersetzung des Minister-Präsidenten Fürst Auersperg zurückzuführen, der seinem Unmut über die wiederholten parlamentarischen Niederlagen des Ministeriums ziemlich unverblümmt Lust macht (vgl. die Mittheilungen unseres Wiener „Corresp.“). Wie das „N. W. Frbl.“ betont, haben mehrere Abgeordnete den Fürsten aufgefordert, ohne Zögern die Vertrauensfrage zu stellen, er werde dabei die Überzeugung gewinnen, daß die ganze Verfassungspartei dem Ministerium nach wie vor volles Vertrauen entgegenbringe. Voraussichtlich wird es zur Stellung der Vertrauensfrage gar nicht kommen.

In Ungarn wurde die Generalsdebatte über das Budget geschlossen und die Budgetvorlage als Grundlage für die Spezialdebatte accepiert. Trotz dieser scheinbaren Niederlage Lisza's ist der Rücktritt des Ministeriums unzweifelhaft. Ministerpräsident Bitto hat sich nach Wien begeben, um dem Kaiser über die Situation zu berichten.

In Italien beschäftigt sich die liberale Presse gegenwärtig wieder hauptsächlich mit dem Garantiegesetz. Dasselbe wird von ihr nicht nur als ungünstig, sondern geradezu als unbrauchbar bezeichnet. Die italienische Regierung habe der katholischen Welt seiner Zeit keinen aufrichtigeren Beweis geben können, daß deren Besorgnisse wegen eines beabsichtigten Ruins der höchsten geistlichen Autorität unbegründet seien, als durch dieses Gesetz. Der Papst aber missbraucht in jeder seiner Reden die ihm gemachten Zu-

geständnisse so sehr, daß jenes Gesetz ein Freibrief für jede Willkür des Wortes und des Gedankens geworden sei. Ein Beweis jüngsten Datums dafür feind des Papstes bisjige Ausfälle gegen den König wie gegen Garibaldi. Das Gesetz sei gegeben worden, als die Verhältnisse dazu reihen; doch Gesetze wurden gegen und nach Umständen wieder aufgehoben, und dieser Fall dürfte auch hier eintreten. Im Bati-

can sollte man, wie eine römische Correspondenz der „R. B.“ vom 7. d. März berichtet, nicht vergessen, daß durch Garibaldi's Wiederauftreten eine radicale Wandlung über die bisherige gegenseitige Stellung der liberalen Fraktionen kam, denn wir sehen die Differenzen derselben wie den Schnee an der Frühlingsonne hinwegschmelzen, ein Proces, der eine starke Coalition von dieser Seite her wider den Vatican zum Ausdruck haben dürfte. In der ital. Deputirtenkammer gehen die Verhandlungen langsam weiter; bald soll die Unklarheit der Absichten des Justizministers Betreffs der letzten Prüfung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit schlußdaran sein, bald die complicite Reform des Handelsministers Finali, endlich auch die unpopuläre Haftung des Unterchristministers Longhi. Hinzu kommt, daß die Minister den Deputirten eine unerklärliche Arbeitslaune schuld. Es liegt, sagt eine römische Correspondenz der „R. B.“, offen zu Tage, man beschäftigt sich in den verschiedensten Kreisen mit Garibaldi mehr als vielleicht recht ist. Dieser erfreut sich des besten Vernehmens mit dem Ministerpräsidenten Minghetti. Die Ausführung seiner Projekte soll das Werk eines internationalen Unternehmens werden und den Staat in keiner Weise zu neuen Schulden veranlassen. Herr Sella, ein praktischer Geolog, scheint von Garibaldi auszusehen, seinen Unternehmungen mehr als jeder Andere hülfreiche Hand leisten zu sollen. Beide haben inzwischen über die sichersten Mittel der Ausführung verschiedene Ansichten, weshalb Sella die Vorherrschaft der directen Commission zum Bedauern Garibaldi's ablehnt, wogegen er seine Theilnahme und Förderung, wo immer sie nötig werde, auf's Bestimmteste zusagte. Sella macht den Landwirth Garibaldi auf eine dringende Arbeit für die Wiederaufhülfen der Stadt Rom aufmerksam, auf den Häuserbau in den öden Stadttheilen. Er überzeugte ihn auch leicht, daß nur dadurch die drückende Theurung aller Lebensbedürfnisse abnehmen und die Bevölkerung der Stadt zunehmen könne.

Unter „Rom“ theilen wir den Briefwechsel zwischen Mazzini und dem Grafen Ussel mit, welchen die in Florenz erscheinende „Epoca“ als vermeintlich höchst wertvolle „Diplomatische Entwicklungen“ neuerdings zu verwerthen beschlossen gewesen ist. Man wird finden, daß die ganze Sache des Aushebens, wenigstens in politischer Hinsicht, nicht wert gewesen ist, welches man von derselben gemacht hat. Sehr richtig hat bereits der römische Correspondent der „R. B.“, dessen Auslassungen wir unten folgen lassen, über die Sache geurtheilt. Die „R. B.“ begleitet dieselben indes noch mit einigen ergänzenden Bemerkungen, welche wie folgt, lauten:

Die Hauptfrage ist, ob die Actenstücke echt sind. Unser Berichterstatter ist, wie aus vorliegenden Erwägungen zu erkennen, geneigt, diese Frage im bejahenden Sinne zu beantworten, und er scheint trotz der bisherigen Desmuntis, welche allerdings vor zulänglicher Kenntniß der Schriftstücke ergangen sind und auf offensären, durch ungenuine Telegramme veranlaßten Irrthümern fußen, im Allgemeinen das Richtige getroffen zu haben. zunächst muß bemerkt werden, daß sie im Wesentlichen sehr wohl echt sein können; denn man vergegenwärtige sich die Lage der Dinge in Italien 1867. Italien hatte durch den Krieg von 1866, durch die Siege seines Bundesgenossen Preußen, Venetien erhalten, aber es war eine Verstümung nachgeblieben durch die eigenen Niederlagen zu Land und Meer, durch das sehr berechtigte Drängen Preußens auf ein entschiedeneres Vorgehen, als Lamarmora es im Sinne hatte, endlich durch den Gedanken, daß im letzten Augenblick Victor Emanuel Venetien als ein Geschenk Napoleons III. hätte erhalten können. Kurz, die Stimmung der italienischen Politiker war nicht so freundlich und dankbar gegen Preußen, als dieses hätte erwarten können. Schon gegen Ende des Jahres 1866 verbreiteten sich Gerüchte über ein italienisch-französisches Bündnis; man konnte aber ein solches Bündnis nur riechen, nicht sehen. Es fehlten die Beweise. Im April 1867 dankte Micasoli ab und Rattazzi ward an seiner Stelle zum Premierminister ernannt. Dieser galt für französisch geünnt, obgleich er gerade während dieses Jahres Hinneigung zur Unabhängigkeit spürte und sich z. B. in der Luxemburger Frage für neutral erklärt, ja, Preußen Recht gab. Kurz, man bejorgte ein italienisch-französisches Bündnis, und, über ein solches war auch die italienische Actionspartei sehr ungehalten. Sie wollte Rom erobern, das von den Franzosen trotz des Septembervertrags besetzt gehalten wurde. (Legion von Antibes.) Es ist bekannt, daß die italienische Actionspartei wiederholt Anschläge auf Rom machte, daß Garibaldi in formloser Weise in Berlin um Waffen und Geld bat, aber abgewiesen wurde. Es ist also keineswegs unwahrscheinlich, daß Mazzini ein Schreiben wie das erste Actenstück aufgesetzt hat. Es ist nicht an Bismarck selbst gerichtet gewesen. Dagegen hat Graf Ussel 1867 ein Schreiben ungefähr dieses Inhalts erhalten, hat dasselbe aber unbeantwortet gelassen. Was daher als eine solche Antwort angeführt wird, ist vermutlich zusammengefaßt aus Neuerscheinungen, die der preußische Gesandte gegen Agenten Mazzinis gehabt haben mag. Sie sind sehr vorsichtig gehalten und können, wie auch die „Epoca“ bemerkt, Niemand compromittieren. Auch das Actenstück Nr. 3 macht nicht den Eindruck einer wirklichen Depesche. Über dieses Actenstück vermögen wir augenblicklich nichts zu sagen. Was aber das italienisch-französische Bündnis betrifft, so schrieb ein italienisches Blatt im November 1867: „Der Aussage des Generals Lamarmora zufolge, dreht sich die ganze italienische Frage zwischen den Regierungen von Frankreich und Italien um die Frage einer Allianz, welche Frankreich für gewisse Eventualitäten in Italien verlangt.“ Und der französische Kriegsminister Marshall Niel schloß damals eine seiner Reden mit den Worten: „Wir sind bereit!“

In Frankreich scheinen sich die Parteien bei Verhandlung des Senatsgesetzes wieder weiter von einander zu entfernen, als je zuvor. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Auslassungen unseres Pariser „Correspondenten“, die wir unter „Paris“ ausführlich folgen lassen. Die Pariser Correspondenz der „R. B.“ schildert die Lage unter dem 10. d. M. in folgender Weise: „Die Senatsfrage tritt ganz in den Vordergrund des Interesses: auf der Linken hält man mehr und mehr darauf, daß das allgemeine Stimmrecht den Senat wähle; im rechten Centrum dagegen ist man für die Wahl durch die Generalräte, und will dem Präsidenten der Republik das Recht geben, ein Drittel der Senatoren zu ernennen. Auf das Letztere wird sich die Linke kaum jemals einlassen, die Legitimisten eben so wenig; man glaubt daher, daß zwischen der Linken und einem kleinen Theil des rechten Centrums eine Einigung zu Stande kommen werde auf Grund des Vorschlags, daß der Senat durch indirekte Wahlen aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen soll. Die entgegengesetzten Strömungen, welche in der Umgebung des Präsidenten herrschen, spiegeln sich in charakteristischer Weise in den offiziellen Blättern: der „Moniteur“ vertreibt die Behauptung, daß der liberalste Senat immer noch besser sei, als gar nichts; der Broglie'sche „Français“ und die Bonapartisten dagegen beschwören die Conservativen, daß sie sich nicht dazu fortsetzen lassen sollen, irgend etwas von ihren Prinzipien aufzugeben. Bestimmte Beschlüsse sind noch auf keiner Seite gefaßt.“

Welche Stellung die katholische Partei jetzt auch in England anzunehmen bemüht ist, davon haben diese Erlebnisse der jüngsten Zeit wieder ein deutliches Zeugnis gegeben. Bei der Berufung der Zusammenkunft nach dem Reformkult schrieb Mr. Adam, der als Einländer fungierte, an die irischen secessionistischen Mitglieder, die Vertreter der Home-Rule, gerade als ob sie gewöhnliche Whigs oder Radicals gewesen wären, und forderte sie zum Erscheinen auf. Mr. Adam erhielt aber eine sehr kategorische Zurechtweisung

von den Irlandern, die nunmehr von den englischen Blättern veröffentlicht wird. Die Irlander erklären, daß es verkehrt und mit der von ihnen angenommenen Haltung unvereinbar sei, bei der Wahl eines Führers der liberalen Partei mitzuwirken. Sie seien überhaupt entschlossen, in dem Parlament ganz unabhängig von Parteibewegungen zu handeln. Diese Erklärung, von einer Gruppe von 50 Parlamentsmitgliedern ausgehend, ist, wie die „N. R.“ bemerkt, von einschneidender Wichtigkeit für das englische Verfassungsleben, welches auf dem Vorhandensein zweier Parteien beruht, die sich wechselseitig kontrollieren, und von denen jede im Stande ist, weil sie über die Mehrheit im Unterhause disponiert, die Regierung zu übernehmen. Die Home-Rule-Parteifaktion im englischen Parlament entspricht nach Tendenz und Zusammensetzung dem Centrum in den deutschen Vertretungen, und so wird den Engländern, welche Gladstone's Broschüre noch nicht überzeugt hat, das staatsverzerrende Prinzip des Klerikalismus praktisch vordemonstriert.

Aus Spanien liegen heute keine Nachrichten von besonderer Wichtigkeit vor. Die „N. R. B.“ aber enthält in ihrer gestern erschienenen Nummer einen Artikel, der mit Recht ein allgemeines Staunen erregt. Sie schreibt nämlich unter der Rubrik „In Sachen Spaniens“ wörtlich:

Berlin, 11. Februar. Die Unterhandlungen zwischen dem König Alfons XII. und Don Carlos beziehen sich, wie es heißt, auf die Abtreitung von Navarra und Guipuzcoa zu Gunsten des Letzteren.

Wäre das wahr, dann — könnte sich Alfons XII. wohl bald wieder nach der Wohnung seiner Frau Mutter umsehen.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 11. Februar.)

(Schluß.)

Das Haus wendet sich nunmehr dem Antrage des Abg. Birchow zu: „die Königliche Staatsregierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtag vorzulegen.“

Zum Wort meldeten sich 10 Redner, darunter 2 gegen den Antrag. Zunächst erklärt Abg. Berger, wie man annehmen darf, im Namen des abweisenden Antragstellers, daß durch den Antrag zunächst die Vorlegung einer Kreis- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen bewirkt wird, ohne daß damit der Wortlaut und Inhalt des Antrages alterirt werden soll, daher der Abg. Berger später in die von dem ersten Redner, dem Abg. Tiedemann, gemünzte Ausscheidung der Gemeindeordnung und demgemäß Beileitung des Birchow'schen Antrags (i. u.) nicht willigt.

Abg. Tiedemann: Nach der eben gehörten Bemerkung des Abgeordneten Berger ist allerdings das hauptsächliche Motiv, aus welchem ich mich gegen den Antrag zum Vorteile gemeldet hatte, in den Hintergrund gedrängt. Ich bin nämlich kein prinzipieller Gegner des Antrages, sondern glaube nur, er geht zu weit, indem er die gleichzeitige Vorlegung einer Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen fordert. Diese Gegenseitigkeiten können sehr wohl getrennt eingebrochen und behandelt werden. Der Erlass einer Kreis- und Provinzialordnung halte auch ich für dringend notwendig, die Verwaltungsgerichte sind auf die Dauer nicht zu entbehren. Obwohl selbst Berufsbeamter bin ich doch der Überzeugung, daß auch am Rhein die Verwaltung nicht mehr ausschließlich mit Berufsbeamten wird fortgeführt werden können. Anders verhält es sich mit der Landgemeinde-Ordnung. Der Abgeordnete von Sybel hat schon gestern ausgeführt, daß die Verhältnisse in der Rheinprovinz sehr verschiedenartig sind, je nachdem die Gemeinden auf dem rechten oder linken Rheinufer liegen, je nachdem ihre Bevölkerung sächsische oder fränkische Abstammung ist. Vielleicht würde es sich sogar empfehlen, für die einzelnen Theile der Rheinprovinz verschiedene Landgemeinde-Ordnungen zu machen. Ich glaube aber doch, daß Herr von Sybel zu schwarz sieht, wenn er von der Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in der Rheinprovinz nennenswerte Gefahren befürchtet. Die Gegenseite von Stadt und Land, von Industrie und Ackerbau werden voraussichtlich in den Kreistagungen viel schärfer zu Tage treten, als die politischen Gegenseite. Ich gebe zu, daß wir die Selbstverwaltung nicht geben dürfen ohne Rücksicht, so lange eine Partei das Beste in der Hand hat, die ihr subjectives Ermeilen und die Beziehungen der kirchlichen Hierarchie höher hält als die Staatsgesetze. Der Staat wird nicht zugeben können, daß Männer, die dieser Partei angehören, in seinen Verwaltungsgerichten Fragen des öffentlichen Rechts entscheiden. Die königliche Bestätigung der gewählten Mitglieder des Bezirksverwaltungsgerichts wird daher nicht zu umgehen sein. Solche Bedenken sind aber nicht schwerwiegend genug, um die Verwaltungsreform ganz und gar zu sistiren, wir erwiesen sonst dem Centrum zu viel Ehre damit. (Heiterkeit.) Wir wollen uns im Gegenteil in Kreis und Provinz eine neue Arena schaffen, aus der alle staatsfreundlichen Parteien vereint den Ultramontanismus bekämpfen können. Ich wäre daher in der Lage, für den Birchow'schen Antrag zu stimmen, wenn die Antragsteller mit einer Theilung, derselben, wonach ein Ausscheiden der Gemeindeordnung möglich wäre, einverstanden sein würden.

Abg. Graf Bethy-Hu: Ich habe nicht nötig, mich von dem Verdachte zu rechtfertigen, ein Begünstiger des Ultramontanismus zu sein, wenn ich mich für den Antrag Birchow ausspreche. Ich verleihe die Gefahren der Übertragung staatlicher Functionen auf kommunale Organe von Landesbeamten keineswegs, in denen nicht nur wie in Oberösterreich, Adel, Landvolk

und Priesterschaft, sondern auch der intelligenzreiche Mittelstand, die Vertreter des Handels und der Wissenschaft gegen das Staatsgesetz rebellieren. Wenn auch die Rheinländer über die Frage der Ausdehnung der Verwaltungsreform unter sich nicht einig sind, so hat sich doch die große Zahl ihrer besseren Vertreter mit Einschlußheit für die Reform erklärt. Die Regierung hat sich nicht mit Bestimmtheit dagegen erklärt, sie ersucht uns aber ihr das Wie und Wann zu überlassen. Nun bin ich bereit, in dem Wie mit ihr so weit zu gehen, als sie nicht mit den unumstößlichen Grundlagen dieser Gesetze in Widerspruch gerathet. Leider kann ich ihr aber die Bestimmung über das Wann nicht so unbedingt überlassen, ohne die Gefahr einer Verfolgung der Reform mit herauzubeschwören. Herr von Sybel hat gemeint, man dürfe die Geschäfte der Landesverwaltung nicht an Organe ausleihen, die gegen den Staat Front machen. Diese Regel der Kriegskunst ist auf das Gebiet der Gelehrten nicht übertragbar. Wir bekämpfen den Ultramontanismus, nicht die Ultramontanen. Mit diesen wollen wir Frieden schließen, sobald sie bereit sind, dem Staatsgesetz unbedingten Gehorsam zu leisten. Wenn es nötig sein sollte, bin ich in Bezug auf die Räteleien so weit zu gehen bereit, wie der Abg. Tiedemann, obwohl ich an und für sich kein Freund des königlichen Bestätigungsrechts bin. Auch ich halte mit dem Abg. Lasker die Selbstverwaltung für das beste Verhüttungsmittel und werde deshalb für den Birchow'schen Antrag stimmen, nachdem die Antragsteller selbst der Kreisordnung die Priorität zuerkannt haben. — Meine Herren! Der Kampf, in dem wir uns befinden, ist nicht der Kampf des Staates gegen die Kirche, noch weniger der des Protestantismus gegen den Katholizismus, es ist der Kampf des Staates in dem Sinne: durch die Centralgewalt den Schutz der Freiheit der Individuen klar zu stellen gegenüber den von der Hierarchie gemachten Ansprüchen, gegenüber der willkürlichen Bürgelsozialität einer Corporation, die die Knechtung der individuellen Freiheit, die Verfolgung der Staatsgesetze verfolgt. Es ist also ein Kampf des Deen, in dem der Grundatz gleichmäßiger, in gleichem Maße waltender Gerechtigkeit keinen Augenblick verlassen werden darf, weil wir sonst die Gefahr laufen, Preußen erster und zweiter Klasse zu haben, ein Preußen mit Selbstverwaltung und ein anderes burokratisch regiertes. Bis wann will denn Herr v. Sybel warten mit seiner Umgestaltung bezüglich der Rheinländer? Wann denkt er sich den Kampf gegen den Ultramontanismus beendet? Er hat mit seiner gestrichenen Rede zwei Resultate erreicht. Zunächst hat er für die Grundsätze der Kreisordnung Propaganda gemacht, weil er sie den Rheinländern tatsächlich vorenthalten wollte. Für diesen Dienst zolle ich ihm meinen Dank. (Zustimmung.)

Für ein zweites Resultat könnte ich ihm den gleichen Dank nicht zollen: er würde eine mächtige Unterstützung dem Ultramontanismus zuführen und durch die jenen Landesbeamten zugesetzte Ungerechtigkeit die große Menge der Halben und Unentschlossenen in dessen Lager hinübertragen. Sein Vergleich mit Polen trifft nicht zu. Dort ließe sich gegen die Kreisordnung das Argument anführen, daß außer den Ultramontanen sich noch eine nationale Opposition vorführe, die nicht wie in Oberösterreich durch einen gebildeten Mittelstand paralysirt wird. Man könnte sagen, wenn man dieser nationalen Opposition die Möglichkeit sich zu organisieren entzieht, wird sie leichter erstickt werden können. Der Kampf mit dem Ultramontanismus dagegen muß mit der ganzen Front, mit großen Mitteln gekämpft werden. Die Gleichmäßigkeit der Gesetzgebung über den ganzen preußischen Staat verneint die Gefahren des Ultramontanismus nicht nur nicht, sondern verringert dieselben wesentlich, weshalb ich dem Grundgedanken des Birchow'schen Antrages durchaus zustimme. Aber zunächst ist unsere Tafel, wie der Herr Minister des Innern neulich gesagt hat, in der That ziemlich voll und wir wollen das Mögliche thun und das Weitere im nächsten Jahre vornehmen; und daß ein Weiteres in Aussicht steht, folgt für mich aus drei Momenten. Einmal haben jene Provinzen schon denjenigen Dotationsfonds, welcher in der Provinzial-Ordnung den östlichen Provinzen und ebenso Rheinland und Westfalen erst gegeben werden soll. Dieselbe ist gewissermaßen eine Vorbereitung auf den Provinzial-Dotationsfonds in den Provinzen, welche ihn noch nicht haben, und wenn ich auch nicht so weit gehe, an das Zustandekommen der rheinischen Provinzial-Ordnung meine Einwilligung zu dem Dotationsgesetz zu knüpfen, so meine ich doch, daß das Dotationsgesetz in einer besseren Weise verwirklicht wird, wenn die Provinzialordnung ihm vorangeht. Ferner sind in Hannover namentlich, wo die Kreise die innere Lebenswärme noch nicht erlangt haben, die Aemter vermöge ihrer kleinen Ausdehnung als Körper unserer Kreisordnung in den östlichen Provinzen kaum verwendbar. Ubrigens würde, wenn wir die Kreisordnung schon jetzt auf die westlichen Provinzen ausdehnten, ihre Übertragung auf jene von mir erwähnten Landesbeamten nur noch eine Frage der Zeit sein. Wir haben bisher mit Erfolg zu schaffen, wenn wir dies weiter.

Nun, meine Herren, noch einen Blick auf den Zusammenhang des gegenwärtigen Antrages mit unserer ganzen deutschen Entwicklung. Es möchte zur Zeit des norddeutschen Bundes wohl der Wunsch berechtigt sein, die Geltung der preußischen Staatsindividualität aufzugeben zu lassen in der großen Staatsbildung des deutschen Bundes; er hat aber seine Berechtigung verloren, seitdem wir durch die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Reich, in den süddeutschen Staaten noch vielfach anders geartete Elemente mit uns verbunden haben. Nichts würde ich für auslösender für die Individualität des Staates halten müssen, als wenn in seinen Theilen nach ganz verschiedenen Grundsätzen verwaltet wird. Ich gebe nur nicht so weit, daß ich die Verwaltung einer gleichmäßigen Schablone unterwerfe. Nichts würde uns die Sympathien unserer nichtpreußischen, aber deutschen Mitbrüder mehr entfremden, als die vielleicht berechtigte Furcht, daß im preußischen Staatswesen Alles stramm nach einer Schablone aus einem Centrum heraus gearbeitet wird. In der That, so sehr ich das Zustandekommen wünsche, möchte ich es doch für einen untergeordneten Punkt halten. Es kommt mir vor allem darauf an, daß wir uns zur Grundidee unseres Reformwerks: der Fortbildung an der Hand des Gegebenen offen betenne. Die Continuität

dieses Bekennnisses ist es, worauf ich den höchsten Werth lege. So lange der Staat treu gegen sich ist, wird er einen Feind weder von außen noch von innen zu bekämpfen haben. Halten wir fest an unseren Grundsätzen und fürchten wir uns nicht vor Geppenstern, die werden uns nicht anfechten! (Beifall.)

Abg. Thiel: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen, in dieser Sache will ich lieber mit dem Abg. v. Sybel gegen die Mehrheit meiner Parteigenossen stimmen, als mit dem Abg. Berger den Beifall des Centrums finden. (Oho! links!) Ich muß mich bei jeder gesetzgeberischen Auseinandersetzung, welchen Einfluß wird dieselbe in dem großen kirchenpolitischen Kampfe ausüben, in dem wir uns jetzt befinden. Es ist behauptet worden, die clericalen Partei würde aus diesem Gesetz keine Verstärkung erhalten, dieses Gesetz würde sogar ein Mittel im Kampfe gegen den Ultramontanismus sein; ich bin nicht so doctrinär, um zu glauben, daß sofort aus diesem Gesetz ein freieres und freiunrigeres Geflecht entstehen werde. Fragen Sie doch die Herren aus dem Centrum selbst, ob sie nicht in diesem Gesetz eine Stärkung ihrer Reihen im Kampfe gegen die Regierung finden, ob sie die in diesem Gesetz gebotenen Hilfsmittel nicht eifrigst benutzen werden. Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, aber denen mache ich einen Vorwurf, die freiwillig eine Position, die wir inne haben, aufzugeben wollen, die uns damit einen Knüppel zwischen die Beine werfen, der uns am schnelleren Fortschritt hemmt. Lehnen Sie den Antrag ab.

Abg. Miguel: Wenn man sagt, es ist eine Partei im Lande, die ein zur Verathung bestehendes allgemeinmäßiges Gesetz zu ihrem Zwecke ausarbeitet, man darf deswegen das Gesetz nicht annehmen, so sage ich, das heise eine Parteiherrschaft constituiert, und das müssen wir weit von uns weisen. (Beifall.) Ich verdenke es keiner Partei, wenn sie innerhalb der Gesetze ihre Zwecke zu fördern sucht; das ist ihr Recht und ihre Schuldigkeit; aber sie muß dabei innerhalb der Gesetze und der Gemeinsamkeit der vaterländischen Gefühle bleiben; so lange mir das Fehlen dieser Gemeinsamkeit der vaterländischen Gefühle nicht gebracht ist, glaube ich an dieselbe. Wir wollen eine gleichmäßige Durchführung der Organisationsgesetze im ganzen Lande; wenn wir diesem Antrage zustimmen, so verwerfen wir damit die Rückfichten, die hier vorgetragen sind, welche eine Ausnahmestellung der westlichen Provinzen rechtfertigen sollten. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Ich wollte eigentlich einige Worte an den Abg. v. Sybel richten, indem es mir schien, als ob die internationale Masse, die er uns hier vorgehalten, wirklich etwas durchsichtig wäre. Ich glaube dies aber nicht nötig zu haben, nachdem er selbst erklärt hat, daß er von einer Angst und Furcht vor den Ultramontanen nichts wisse. Ich konstatte ganz im Allgemeinen, daß man fernerhin wohl nicht mehr davon sprechen wird, die Anschauungen, die wir im Centrum vertreten, würden nur von einigen Fanatikern getheilt. Man scheint anzuerken, daß die Bevölkerung in jeder Provinz, denn doch ungefähr ähnlichen Sinnes und Geistes ist, wie wir es uns auszuprägen erlauben. Wenn wir den Antrag des Abgeordneten Birchow empfehlen, so wollen wir damit nur das fördern, was der Antrag fördern will; nicht wollen wir damit unsere Kräfte stärken. Wir sind der Meinung, daß es kein Mittel in der Welt gibt, unsere Reihen mehr zu stärken, als wenn Sie den Rothschlägen des Abgeordneten v. Sybel folgen. (Sehr wahr! links.) Ich weiß gar keine größere Wohlthat für uns, als wenn von einem liberalen Abgeordneten dem Grafen zu Eulenburg gewissermaßen der Vorwurf gemacht wird, als sei er ultraliberal und beihilflich, sich an staatsfeindlichen Interessen. (Heiterkeit.) Haben denn die Abg. v. Sybel und Thiel alle die Hausten und Schranken übersehen, die die Vorlage der Regierung an die Hand giebt; das Bestätigungs- und Auflösungsrecht? Wenn der Abg. Tiedemann gesagt hat, man könne die Rechte der Selbstverwaltung nicht eher geben, als bis die Gesetze strikt anerkannt seien, so muß ich sagen: an der Anerkennung der Gesetze seitens der Ultramontanen hat es niemals gefehlt. (Widerspruch) — warten Sie doch ab, was ich sagen werde — insfern (Ahal) als man geduldig alle Straffolgen trägt, denen man sonst mit der Faust entgegentreten könnte. (Oho!) Nun, Sie werden doch zugeben, daß man sich nur die Unbilden gefallen zu lassen braucht, die die Gesetze vorschreiben. Wir Katholiken tragen alles schwer Leid ohne jedes Einspruch ganz nach der Vorchrift des preußischen Landrechtes: daß Niemand gezwungen werden könne, etwas gegen seine religiöse Überzeugung zu thun, er müsse aber die Straffolgen tragen. Sie werden doch nicht verlangen, daß wir die Gesetze auch innerlich als gerechte und richtige anerkennen. Ich werde Ihnen später davon sprechen, daß ein Italiener gesagt hat, nur in Deutschland könne eine Partei bestehen, die den absoluten Geopfaren gegen die Gesetze auch nach innen hin fordere; in den romanischen Ländern wäre das nicht möglich, weil das die absolute Kneidshaft sei. (Widerspruch links.) Die Frage des Cultrurkampfes soll hier zur Geltung kommen, wo es sich darum handelt, ob die alte Kreis- und Gemeinde-Verfassung bestehen bleiben soll, die als der älteste und schlechteste Ausdruck der Reaction bezeichnet wurde. Damals haben die Liberalen jeden einzelnen Paragraphen dieser Kreisordnung bekämpft; damals sagte die Regierung, die Rheinprovinz ist der Sitz des Liberalismus und muß niedergehalten werden. Die Rheinprovinz ist heute noch dasselbe wie damals (Lebhafte Widerspruch). Sie ist nur etwas schärfer und intensiver geworden. Der Abg. Wagner sagte damals, die Rheinprovinz sei regierungsbedürftiger als die andern; nachdem er durch unerwartete Ereignisse versinkt ist, wird seine Fahne von Seiten einiger Mitglieder erhoben, von denen ich diese Nachfolge am allerwenigsten erwartet hätte. Ich hoffe, die Rheinprovinz wird, wie sie ein preußischer König nannte, ein deutsches Umland und die Wormauer deutscher Freiheit und Selbstständigkeit bleiben.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn ich den Wunsch ausspreche, daß der Antrag des Abgeordneten Birchow nicht angenommen werden möge, so geschieht das nicht, weil ich etwa erklären will, die Regierung sei gar nicht Willens, mit dieser Gesetzesgebung, wie sie beantragt wird, sich in der nächsten Zeit zu beschäftigen, sondern nur deshalb, weil ich die Form

nehmen. — Daß die vielfachen Kunstreize der Zuhörerschaft für die talentvollen Damen nicht weniger der Sporn zu ernster Ver Vollkommenung, wie ein aufrichtiger Dant sein mögen, ist der Wunsch, den wir ihnen mit auf den Weg geben.

Bereitwillig hatte unser Baryton Herr Alexy seine Unterstützung zugesagt. Der Wechsel der Stimmung, die vom wilden Pathos zum zartesten Ausdruck des Liebesgeständnisses überschmilzt, trat in seinem leidenschaftlich durchglänzenden Vortrage der Hans Heiling-Arie prächtig und doch maßvoll vermittelte hervor. Zum Schlüß verschwendete er sein von Wohlklang gesättigtes Organ an drei Liedern bescheidenerer Herkunft. Abt hat sie ihm gewidmet. Noblesse oblige.

Zur Geschichte der Annone.*)

— „Wer die flüchtige Tochter eines Königs, ein Mägdelein der Venus, mit Namen Psyche, in ihrer Flucht ergreifen und zurückbringen oder herausbringen kann, wo sie sich versteckt hat, möge sich an den Austerer Mercurius wenden und auf dem Platze hinter dem Tempel der Venus Myrritis (am Aventin) als Belohnung für seine Entdeckung sieben süße Küsse von Venus selbst und eine köstliche Verführung mit ihrer reizenden Junges empfangen.“ Oder „Wenn Demand meinen Sohn Eros auf Seitenwegen sich hat herumtreiben sehen, so möge er wissen, daß der selbe entwischen ist. Wer über ihn Nachricht giebt, soll eine Belohnung haben. Ein Kuß der Venus wird dein Lohn sein, wenn du ihn aber selbst zurückbringst, so sollst du, o Fremdling, nicht nur einen Kuß empfangen, sondern auch quidquid post oscula dulce.“ Man wird mir ohne Weiteres zugeben, daß diese Art, das Durchbrennen einer ungerathenen Tochter oder eines leichtfertigen Sohnes bekannt zu machen, nicht nur in der Form viel geschmackvoller ist, als dies heutzutage der Fall zu sein pflegt, sondern daß die angebotene Belohnung auch viel wirkamer sein muß, als „25 Gulden!“ oder wie das andere schwere Geld sonst noch heißt. Wir sind eben nicht mehr klassisch. Und wenn die „Alien“ auch die Annone, wie Alles, was sie mit ihrer zauberkräftigen Hand berührten, mit unnachahmlicher Grazie umgaben, so sind sie doch nicht die Erfinder derselben.

Es ist natürlich unmöglich, mit Bestimmtheit festzustellen, wer diese Art der Kundmachung zuerst benutzt hat, allein es läßt sich als ziemlich sicher behaupten, daß der Einfall, auf diesem Wege in dem allgemeinen

meinen Ringen um des Lebens Nothdurft sich hervorzuthun, eben so alt ist, als die Kunst des Schreibens. In den Ruinen von Theben sind mehr als dreitausend Jahre alte Papyrusblätter ausgegraben worden, auf welchen die Beschreibung flüchtiger Sklaven eingeschrieben ist und wo eine Belohnung für ihr Einfangen ausgeschetzt wird. Pausanias erzählt, daß Odysseus dem Neptun eine Bronze-Statue errichtete, in der Hoffnung, daß er durch der Gottheit Hilfe die verlorenen Pferde wieder erlangen möchte. Eine Inschrift auf dem Piedestal bot jedem, der die Thiere fände, eine Belohnung. Die Griechen pflegten an die Bildsäulen der unterirdischen Götter auf dem der Gottheit vorbehaltenden Boden des Tempels Bleiplatten anzubringen und auf diese die Namen Derjenigen voll auszuschreiben, welche Sachen gefunden oder gestohlen hatten. Auf diese Weise erfuhren die Unsterblichen und Sterblichen die Namen der Schandbuben, welche gleichzeitig der Rache der Götter bestens empfohlen wurden. Im Falle der Wiedergabe wurde die Rache im Voraus zurückgenommen. Wer einmal das British Museum in London besucht, kann sich im zweiten Zimmer für Vasen eine ganze Sammlung solcher amüsanten Inschriften ansehen. Dieselben wurden im Jahre 1758 in dem Temenos des Tempels der Demeter in Knidos ausgegraben. Daß die gewöhnlichste Art der Bekanntmachung diejenige war, welche noch heute in den kleinen Städten häufig angewandt wird, versteht sich von selbst. Nur daß die Griechen auch von ihrem Aufrufer, ξηρος, eine gewisse Fertigkeit der Rede verlangten. Von einem Musiker begleitet, mußte derselbe das Publikum durch gute und schlechte Witze für das zu verkaufende Objekt günstig stimmen.

Die Mauern Pompeji's mit ihren zahllosen rothen und schwarzen Inschriften sind uns lebendige Beweise, wie weit das hoch cultivierte Volk der Römer das Annonsenwesen entwickelt hatte. Wie heute unsere Wände mit Anzeigen von Theaterdarstellungen, Bällen und Vergnügungen anderer Art bedeckt sind, so nahmen damals natürlich die Ankündigungen von Spielen und Gladiatorenkämpfen den größten Raum ein.

Ein Beispiel:
AEDILIS. FAMILIA. GLADIATORIA. PUGNABIT
POMPEI. PR. K. JUNIAS. VENATIO ET VELA
ERUNT.

das heißt „Die Gladiatoren-Truppe des Nebils wird am 31. Mai in Pompeji fechten. Kämpfe mit wilden Thieren werden stattfinden und man wird Segeltücher ausspannen.“

Letztere natürlich, um die Zuschauer vor den Sonnenstrahlen zu schützen, wenn der Wind es erlaubte. Bisweilen werden auch „spar-

* A History of Advertising, from the earliest times. Illustrated by anecdotes, curious specimens and biographical notes by Henry Sampson with illustrations and facsimiles. London: Chatto and Windus, Piccadilly 1874. Das Referat über dieses Buch ist aus der „Dr. Stg.“ entnommen.

einer Aufforderung an die Regierung in diesem Augenblicke nicht für opportun halte (Bewegung); und zwar aus Gründen, die mit der Frage, die hier im Hauß so heftig berührt wird, gar nicht zusammenhängen. Zu dieser Frage steht die Regierung viel kühler, als die Herren vielleicht glauben. Schon neulich hatte ich die Ehre, Ihnen zu sagen, daß Niemand mehr den Trieb in sich hat, die communale Gesetzgebung, wie sie angefangen ist, weiter fortzuführen, als die Regierung selbst, daß sie nie aufgehört hat, sich bewußt zu sein, daß der erste Schritt die übrigen Schritte nach sich ziehe. Aber zur Ausführung dieses Gedankens gehört ein ernstes Studium der Zustände derjenigen Landesteile, auf welche die Gesetzgebung ausgedehnt werden soll. Wir sind sehr fern davon, schablonenmäßig vorgeben zu wollen, und es liegt der Regierung fern, die einzelnen Landesteile mit Gesetzen beglücken zu wollen, die ihnen nicht passen. Was in Hessen und Nassau gesagt ist, und was in Schleswig-Holstein und Hannover dergestalt gefragt werden wird, geht ebensoviel, als was aus Rheinland und Westfalen verlaufen, ungehört an der Regierung vorüber. Wir wollen die Organisation im Ganzen und Großen so durchführen, daß sie praktikabel wird, ohne daß wir uns sehr darum kümmern, ob in kleinen, namentlich nach unten hin gewisse Gemeindeverfassungsbestimmungen zur Anwendung kommen, die mit den Gewohnheiten und communalen Liebhabereien, wenn ich so sagen soll, in eklantem Widerspruch stehen. Es wird sicherlich damit nichts gewonnen, wenn man schablonenmäßig vorgeht. Nun ist aber die Prüfung der provinziellen Zustände und die Ausarbeitung der Gesetzesparaphren, welche dieselben darstellen und zur Geltung bringen sollen, eine außerordentlich langwierige, tiefe eingehende und saure Arbeit, und ein Entwurf, der von irgend einem Minister gemacht wird, kann deshalb noch niemals als Entwurf der Regierung angesehen werden, weil es kaum ein Ressort giebt, was nicht gerade bei der Organisation der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Berwaltung das allerlebstolste Interesse hätte. Meinem Standpunkt gemäß bin ich den ganz natürlichen Versprechungen, die ich zur Zeit habe geben können, mit diesen Sachen so schnell als möglich mich zu beschäftigen, pünktlich nachgekommen. Ich habe Entwürfe ausarbeiten lassen und sie theils in evidenter Weise, theils vertraulich mit Leuten und Corporationen besprochen, denen ich ein Urtheil über diese Dinge zutrauen konnte.

Eine wirkliche Vorlage über eine Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen habe ich im königlichen Staatsministerium aber noch gar nicht gemacht, und die Behauptung, die Herr Berger aufstellt, daß Alles fertig und zur Vorlage reif sei, ist nicht richtig. Die einzelnen Ministerien haben noch nicht Gelegenheit gehabt, sich mit diesen Vorlagen zu beschäftigen. Es ist vorgekommen, daß im großen Oranje der Geschäfte Vorlagen gemacht sind, gegen die im Schooße des Ministeriums nachher selbst Einwendungen vorkamen. Es wird also gut sein, mit diesen Vorlagen nicht eher vorzugehen, als bis man im Staatsministerium für den ausgearbeiteten Entwurf einzutreten entschlossen ist. Es muß erst noch der Cultusminister, der Handelsminister, der Finanzminister und der landwirthschaftliche Minister gehört werden. Jedesmal, wenn eine parlamentarische Session schließt, und für die Abgeordneten die sogenannten Ferien beginnen, fängt für die Regierung und die Ministerien eigentlich erst die rechte Arbeitszeit an. Ich kann Ihnen also nicht garantieren, daß in dieser Session der Entwurf noch vorgelegt werden wird, womit ich aber absolut nicht sagen will, daß die Regierung nicht Willens sei, mit dieser Gesetzgebung vorzugehen. Sie hat den lebhaftesten Wunsch, diese Gesetzgebung über die ganze Monarchie auszudehnen. Wenn man sagen wollte, man könne dies und dies Gesetz nicht eher vollenden als bis man ein anderes Gesetz durchberaten habe, so würde man schließlich in die Gefahr kommen, wichtige Gesetze wegen Nichterledigung kleiner ganz zu verhindern. Wir haben ja hier jetzt drei Tage lang über die Gesetze im Allgemeinen gesprochen; das sind Alles bisher bloße Andeutungen von Gesichtspunkten gewesen. Nun haben wir also drei Tage lang blos angedeutet. Diese Andeutungen lassen Sie jetzt in die Commission kommen, aus der Commission in das Plenum, sodann in das Herrenhaus und wieder zurück; da ist es unentferbar, daß das Maß, welches hier jetzt geboren ist, nicht durch eine kleine Zuthalt überfüllt werde, so daß wir überhaupt nicht zum Schluss kämen. Ich glaube, daß keiner von den Herren wirklich die Überzeugung hat, daß die rheinische Kreisordnung jetzt in dieser Session noch fertig werden würde. Ich bitte den Antrag aus diesen Gründen abzulehnen und sich überzeugt zu halten, daß der Gesetzgebung jeder Fortgang gegeben werden wird, der irgendwie mit den Kräften der Regierung vereinbar ist. Die Bilder, die der Abg. Lasker von den bleichen und den nervösen Ministern und von den Abgeordneten vorgeführt hat, die so matt sind, daß sie kaum freundlich guten Morgen sagen können, haben ihre Wahrheit und Bedeutung.

Die Discussion wird geschlossen. Als Antragsteller erhält das Wort Abg. Dr. Birchow: Wenn der Minister meinte, wir sollten den Antrag ablehnen, um nicht durch die Nichterfüllung vielleicht eine unangenehme Stimmung hervorzuursachen, so meine ich, die Ablehnung würde die Folge haben, daß wir dadurch den Herrn Minister veranlassen, in der Sache gar nicht vorzugehen. Der einzige Fall, der dem Wunsche des Ministers entsprechen könnte, würde sein, daß ich selbst meinen Antrag mit einigen anerkennenden Worten für ihn juristische. Ich habe ja den Ministern auch in der Conflictzeit immer ein gewisses Vertrauen zu erkennen gegeben. (Heiterkeit.) Ich meine, er ist stark auf falsche Fährte, und das Haus muß ihn stark auf die entgegengesetzte Seite drängen. Wir haben es mit einem eminent politischen Act zu thun, wir sind der Meinung, daß sich die Regierung zu stark in den Culturlamp verbissen hat, und wünschen dem Gedanken der Verjährung und des Vertrauens in höherem Maße wieder Zugang zu verschaffen. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß das Rheinland noch jetzt wie früher als Vorläufer des Liberalismus zu betrachten ist, das ist wohl eine Verchiebung der sachlichen Verhältnisse. Ich war selbst Vertreter des Rheinlandes und weiß, wie es zugegangen ist, daß wir nicht mehr am rheinischen Liberalismus teilnehmen können. (Heiterkeit) Wenn die Regierung aber meint, daß dieses alte Culturland so verändert sei, daß man es nicht ebenso wie die alten Pro-

siones versprochen, d. h. Besprengung mit parfümiertem Wasser, das in nicht ganz aufgellärter Weise durch Röhren, Maschinen hinauf geleitet wurde und dann von oben austropste und oft einen gewissen Dunst, Nimbus, erzeugte. Nächst den Spielen waren es die Ankündigungen von Bädern, welche am meisten in die Augen fielen, und da geschah es denn, daß die Provinzialen, wie man heute etwa sagt: „wie in Paris“ oder „Pariser“, als höchstes Lob ihrer Einrichtungen „wie in Rom“ hingesezten.

So kündigt z. B. der Besitzer eines Badhauses in der Nähe von Bologna sein Institut in folgender Weise an:

IN. PRAEDIS.

C. LEGIANNI VERI

BALNEUM. MORE. URBICO. LAVAT.

OMNIA COMMODA. PRAESTANTUR.

In dem Gebäude des C. Legiannus Verus werden Bäder wie in der Stadt Rom gereicht. Alle Bequemlichkeiten". Am interessantesten ist vielleicht folgende Ankündigung einer Vermietung von großartigen Befestigungen, wie sie in der Walker-Straße zu Pompeji roth gemalt über einer anderen schwarzen und dann weggeschwommenen Inschrift auf einer Mauer sich befindet:

IN. PRAEDIS. IULIAE. S. P. F. FELICIS

LOCANTUR.

BALNEUM. VENEREUM. ET. NONGENTUM. TERGULAE.

CENACULA. EX. IDIBUS. AUG. PRIORIS. IN. IDUS. AUG. SEXTAS.

ANNOS. CONTINUOS. QUINQUE.

S. Q. D. L. E. N. C.

Auf der Besitzung der Julia Festi, Tochter des Spurius Felix, sind vom 6. bis 8. August auf 5 Jahre ein Bad, ein Venereum und 900 (wahrscheinlich 90) kleine Buben und Schlafstellen (für die Ladenbesitzer?) zu vermieten". Die Bedeutung der letzten sieben Buchstaben ist dunkel. Während die Einen etwa so viel wie „nur für anständige Damen und Herren“ herauslesen, erklären Andere „fallsemand die Herrin dieser Besitzung nicht kennt“, so mag er sich an den und den wenden. Daß diese Annoncen mit der Grammatik eben so oft in Conflict gerathen, wie heute, wird Niemand Wunder nehmen, wenn er hört, daß selbst der Schulmeister Valentinus cum mit dem Accusativ construit. Die Buchhändler annoncieren an den Wänden ihrer Läden ihre neuen Bücher, und die kleinen Geister unter den Poeten lasen wohl selbst öffentlich aus ihren Werken vor, wobei sie durch Bummel und Straßenzungen auf das Schändlichste unterbrochen wurden.

Mit der ganzen römischen Civilisation versanken auch diese Merkmale eines bis in das Kleinsten entwickelten Luxus in der Nacht mittel-

alterlicher Barbarei. Wo die Kunst des Lesens unbekannt war, konnten schriftliche Ankündigungen irgend welcher Art nichts nützen. Die Ausrufer wurden Alles. In Frankreich scheinen dieselben schon frühe eine Kunst gebildet zu haben, denn bereits im Jahre 1141 giebt Ludwig VII. den Weinraufern, welche gleich unseren Weinreisenden stets die Weinproben mit sich führten, ein Patent. Eine alte, fromme Dame, Namens Abelheid, glaubte diesen Umstand einmal benutzen zu können und bestach einen Ausrufer, statt seinen Wein, „Gott ist gerecht! Gott ist gnädig! Gott ist gut und erhaben!“ auszurufen, wobei sie ihm folgte und stets die Worte „Er spricht wahr, er redet recht!“ hinzufügte. Der Magistrat sah aber in dieser Art, den Glauben an Gott zu verbreiten, nur ein Zeichen eigener Eitelkeit und sträflichen Hochmuths und ließ die alte Abelheid bei lebendigem Leibe verbrennen.

Als dann die Buchdruckerkunst immer weitere Kreise in ihren Bereich zog, blieb man doch noch fast zwei Jahrhunderte in Betreff der Ankündigungen bei der Handschrift. Fast immer mit „Si quis“ anfangend, wurden diese Annoncen mit Vorliebe an den Kirchen und in der Nähe derselben angelebt, also an den besuchtesten Plätzen, wie etwa heute in England und Frankreich bei den Eisenbahnstationen. Folgendes Muster aus England ist in mehr als einer Beziehung charakteristisch: „Wenn eine Lady oder Frau besseren Standes mit einem guten Wagen zu ihrem Privatgebraue einen jungen, strammen und geraden Mann von guter Abkunft im Alter von höchstens 26 Jahren bedarf, welcher dünne Beine hat und darum als Ceremoniemeister dienen kann (Mangel an Waden war ein Hauptcharakteristikum des Gentleman), ein eigenes seides Gewand besitzt, um vor ihr einzuhzugehen, welches Gewand, um wohlriechender zu werden, jetzt in Lapland liegt (d. h. im Pfandhause), ein Mann, der, wenn nötig, sein Gesicht hinter ihrem Fächer verborgen oder in der Kälte, wie ein anderer Gentleman, an der Treppe auf sie warten kann — soll sie ihren Namen und ihre Wohnung angeben und mon wird sie gehörig berücksichtigen.“

Trotz der schriftlichen Anzeigen blieb jedoch noch lange das Amt des Ausrufers äußerst wichtig. Ein Flecken Englands war noch vor 100 Jahren so arm, daß er nur einen Fleischer ernähren konnte, aber auch dieser durfte nicht immer riskiren, ohne vorherige Verständigung mit seinem Abnehmer ein Schaf zu schlachten. Ehe er dieses Wagnis unternahm, fragte er durch den Ausrufer bei dem Prediger und den Rathspersonen an, ob sie ein Wiertel oder dergleichen nehmen wollten. Wurde die Subscriptionsliste nicht voll, so durfte das Schaf noch weiter leben.

Nur allmälig entwickelte sich das Inseratenwesen zu seiner heu-

ten, bis zum Vorliegen des Resultats dieser Prüfung vorzubehalten. — Wir haben bereits gemeldet, daß der Bundesrat sich mit einer Revision der Elbschiffahrts-Akte beschäftigt hat. Es liegt der bezügliche Bericht des Handelsausschusses bereit vor. Der Sachverhalt ist folgender: Die im Jahre 1870 in Prag versammelte Elbschiffahrts-Revisions-Commission hatte einstimmig das Bedürfnis der Revision der bestehenden Elbschiffahrtsverträge anerkannt und diese Arbeit für die nächste im Jahre 1875 beabsichtigte Elbschiffahrts-Commission in Aussicht genommen. Die königlich preußische Regierung hat demnächst einen Entwurf einer revidirten Elbschiffahrts-Akte ausgearbeitet und dem Reichskanzler vorgelegt. Dabei ist jedoch die Frage aufgeworfen, ob die Vertragschließung nicht auf Grund der Reichsverfassung vor Reichswegen vorzunehmen, so daß das Reich, und nicht wie bisher die einzelnen Elbstaaten, den Vertrag mit Österreich zu vollziehen haben würde. Der Ausschuss für Handel und Verkehr, — welchem der Entwurf der revidirten Elbschiffahrts-Akte zum Bericht überwiesen worden ist — glaubte diese präjudizielle Kompetenzfrage unter Hinweis auf die klare und zweifellose Bestimmung in Art. 4 Nr. 9 der Verfassung bejahen zu sollen; von einer Minderheit wurde jedoch ein principielles Eingehen auf die Frage der Zuständigkeit des Reichs abgelehnt, dagegen der Abschluß des Vertrages von Reichswegen in dem jetzt gegebenen Falle nicht beanstandet. Der Ausschuss trat deshalb in die Verhandlung über die einzelnen Bestimmungen der Vorlage ein und hat einen neuen Entwurf vorgelegt. Der frühere ist in sieben Punkten abgeändert und der Ausschuss beantragt, der Bundesrat wolle den Reichskanzler ersuchen, auf Grund des Entwurfs einer revidirten Elbschiffahrts-Akte mit der k. k. österreichischen Regierung eine Vereinbarung herbeizuführen. Der Entwurf umfaßt 37 Paragraphen und ordnet die Schiffsahrt, sowie die Stromregulirung der Elbe. Der Eintritt des Geltungstermins ist noch offen behalten. Unter Anderem wird darin bestimmt in § 32: Die Elbe soll von Zeit zu Zeit durch Sachverständige, welche die vertragsschließenden Regierungen bezeichnen, befahren werden, um die Beschaffenheit des Stromes, die Wirkung der zu dessen Verbesserung getroffenen Maßregeln und die etwa eingetretene neuen Hindernisse einer regelmäßigen Schiffsahrt zu untersuchen und festzustellen. Eine solche Stromschau soll zunächst im Sommer des Jahres 1875 und demnächst in jedem fünften Jahre stattfinden. Die Einladung dazu wird abwechselnd von den beiderseitigen Regierungen ergehen, für das Jahr 1875 zunächst von der deutschen Regierung. Wenn außerordentliche Umstände in der Zeit zwischen den regelmäßigen Strombefahrungen eine solche erfordern, werden die Regierungen sich darüber verständigen. — § 33. Nach jedesmaliger Stromschau ist von der dazu berufenen Commission ein Bericht über die vorgefundene Mängel des Strombettes und des Fahrwassers anzufertigen, in welchem diejenigen Stellen in fortlaufender Reihenfolge besonders zu verzeichnen sind, welche in der einen oder anderen Beziehung als der Schiffahrt vorzugsweise hinderlich und deshalb der Correction als am dringendsten bedürftig erachtet werden.

■ Berlin, 11. Febr. [Das Ministerium zur Ausdehnung der Verwaltungsreformgesetze. — Die Domkapitelfrage. — Lehrerdotationen im Cultusetat. — Aus den Commissariengruppen des Abgeordnetenhauses. — Neue Vorlage des Cultusministers. — Zusammentritt der Generalsynode. — Antrag der Ultramontanen.] Der Ministerrat wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich über die Einrichtung des Kreisordnungsentwurfs für Posen schlüssig zu machen. In Bezug auf die Kreis-, Gemeinde- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen soll die heutige Debatte keine wesentliche Änderung in der bisher eingenommenen Stellung des Ministeriums hervorgerufen haben. — In der heutigen Sitzung der Commissariengruppe für den Cultusetat stellte ein Mitglied den Antrag, den Status der Domkapitel von Naumburg, Merseburg und Zeitz zur Einsicht mitzuhören. Der in Folge der gestrigen Einladung erschienene Commissar des Ministeriums des Innern versprach die Etais der betreffenden Stiftungen demnächst vorzulegen. Bekanntlich hat das Abgeordnetenhaus in der vorsährigen Session den Beschuß gefaßt, die Regierung aufzufordern, die Einkünfte der bezeichneten Domkapitel ausschließlich zu Kirchen- und Unterrichtszwecken zu verwenden. Obwohl seitens des damaligen Antragstellers (Abg. Ebert) gegenwärtig nicht für opportun gehalten wird, den Antrag wieder einzubringen, so ist derselbe doch von dem Abg. Richter (Sangerhausen) aufgenommen und in der Gruppe besprach worden. Die sonstigen Erklärungen des Regierungsvertreters schienen die Commissariengruppe

tigen ungeheuren Größe. Schon 1524 wurden in Wien und sonst in Deutschland „Neueste Nachrichten“ publiziert, doch erschienen dieselben nur unregelmäßig und es ist von ihnen nichts geblieben als die Thatfache, daß sie gewesen.

Das erste Verkaufsinserat findet sich in einer holländischen Zeitung, welche zu Anfang des 17. Jahrhunderts ohne Namen und Titel gedruckt wurde. Das älteste Beispiel eines Inserats, d. h. einer Ankündigung in einer Zeitung, befindet sich in einem 1591 gedruckten Neugkeitenbuch. Da wird von einer noch nie gesehenen Pflanze, welche in einem Vorstadtpark der guten Stadt Soltau wächst, in Versen erzählt und der Leser aufgefordert, das Buch, welches die Wunderpflanze beschreibt und bespricht, zu kaufen:

Mag. (d. i. Magister) Gunaw has gebet an den Tag,

Zu Wittemberg drückt Matthäus Welack,

Wer des bedeutung noch nicht weis,

Kauf das Buch, lis mit allem fleis.

So weit ein regulärer und geschäftsmäßiger Betrieb in Betracht kommt, scheint das in Frankreich am 14. October 1612 zuerst veröffentlichte „Journal Général d’Affiches“ oder wie es jetzt heißt „Petites Affiches“ das erste Blatt gewesen zu sein, wo Inserate erschienen. Die ersten Nummern existieren nicht mehr, allein man darf annehmen, daß die „Petites Affiches“, das Blatt der Hausherren, Hausfrauen, Mägde, Knechte und Kaufleute, sich in mehr als zwei Jahrhunderten nicht geändert hat. Das ist selbst mehr, als man von dem Frankfurter Blättchen sagen kann. Folgendes Inserat aus der holländischen „Tydingen“ vom 2. Juni 1635 ist zu empfehlen: „Der Licentiat Grim, englischer Prediger und Professor an der Universität Wesel, hat eine ausführliche Abhandlung gegen alle papistischen Schriften veröffentlicht, unter dem Titel „Päpstliche Scheinheiligkeit“, den allgemeinen und authentischen Beweis, daß Papst John VIII., gewöhnlich Papst Tutte genannt, ein Weib war.“

In den Inseraten spiegeln sich oft unerwartet Zustände, die im täglichen Leben selbst überleben werden und den Geschichtsforschern fast unbekannt bleiben. Niemand wird erstaunt sein, zu hören, daß in dem England des siebzehnten Jahrhunderts Neger- und Mulattenkrabben als nothwendige Beigabe eines großen und vornehmten Haushalts angesehen wurden, allein, daß es gestaltet war, dieselben gleich anderen Sachen zu verkaufen und diesen Verkauf öffentlich anzukündigen, wird weniger bekannt sein. Noch im Jahre 1779 durfte ein Blatt in Liverpool mitteilen, daß „im Bureau von Dunbar am 21. October um 1 Uhr ein schwarzer Knabe im Alter von 14 Jahren und eine große Vergütung“ versteigert werden würden. Neben den

nicht zu befriedigen, weil daraus hervorging, daß die Regierung nicht die Absicht habe, das Vermögen der Domcapitel zu den oben angeführten Zwecken zu vermeiden. Die Angelegenheit wird selbstverständlich im Hause bei der Staatsberatung zur Sprache kommen. — Zahlreiche Zuschriften der Lehrer aus allen Theilen unserer Provinzen gelangen an die Abgeordneten aller Parteien, um ein bestimmtes System in der Vertheilung die Dotationen zu bringen, für die bekanntlich der Cultusminister 1 Million Thaler verlangt. Der Referent, Abg. Miquel, wird dem Berneben nach in seinem Berichte erstmals die Grundzüge aufstellen, nach welchen mit der Regierung vereinbart werden soll, wie die Dotationen in Bezug auf die Kategorien der Schullehrer in den verschiedenen Provinzen vertheilt werden sollen und zweitens bestimmen, daß bei der Vertheilung vornehmlich das Prinzip der Alterszulage im Auge zu behalten sei. — Die Commissariengruppe für die landwirtschaftliche Verwaltung hielt heute eine Sitzung ab. Es wurde seitens der Regierung mitgetheilt, daß das Ent- und Bewässerungsgesetz vorgelegt und ebenso die Fischereiordnung eingebrochen werden soll. Allerdings wird gezweifelt, daß die großen Organisationsgesetze dem Hause Zeit übrig lassen werden, sich mit diesen Vorlagen beschäftigen. Die Gruppe für die Gestütverwaltung erklärte sich gestern mit allen Theilen des Staats einverstanden. Es wurde nur der Wunsch geäußert, daß die Verwaltung in Daraufnahmen den modernen Anforderungen der landwirtschaftlichen Technik entsprechen und Maschinen einführen solle, um Menschenkräfte zu sparen. — Im Cultusministerium ist ein Gesetz ausgearbeitet worden, welches die Aufhebung der Vorschriften des Landrechts über die Eximitation von Pfarrreien betrifft. Dasselbe ist vom Staatsministerium bereits genehmigt worden und wird noch in dieser Session dem Landtag vorgelegt werden. — Die Ausarbeitung der Vorlage für die Generalsynode erfordert die Herbeischaffung eines beträchtlichen Materials aus allen Provinzen. Der damit verknüpfte Zeitaufwand läßt den Zusammentritt erst im Herbst dieses Jahres erwarten. — Die Centrumsfraction des Abgeordnetenhauses will nach den Neuerungen ihrer Führer den Schutz der Abgeordneten nicht dem Herrn Tiefendorf überlassen und gedenkt einen Antrag einzubringen, welcher diese Materie unabhängig von den künftigen Beschlüssen der ständigen Justizcommission bezw. des Reichstages regelt. Sollte ein anderer Majonette sich auf den Bänken des Saales am Dönhofsplatz nicht sicher fühlen, oder handelt es sich nur um eine Anzahl Oppositionsreden, welche den Schwerinstag ausfüllen sollen?

△ Berlin, 11. Februar. [Die Debatte über die Reformgesetze.] Noch zwei volle Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses für die erste Beratung der Provinzialordnung, — das war kaum erwartet. Die glänzendste Rede der ganzen Discussion war ohne Zweifel die geistige des Abg. Lasker. Er wußte die Vorzüglichkeit des Entwurfs außerordentlich klar zu legen und zugleich mit deutlichen Strichen zu markieren, wo und wie den Mängeln, ohne Schädigung der gesunden Grundlage, endgültig abzuholzen sei. Seine Vorschläge in Betreff der Verwaltungsgerichte zweiter Instanz, die er aus Laienrichtern und zwei die ganze Provinz bereisenden lebenslänglichen besoldeten Beamten zusammensezen will, seine Vorschläge zur Beseitigung des Regierungspräsidenten werden, — so überraschend sie vielen Abgeordneten kamen — wahrscheinlich schnell die Zustimmung der Commission und dann auch des Abgeordnetenhauses finden. — Eine nicht bemeindenswerthe Rolle hingegen spielte heute und gestern der Abg. v. Sybel. Eine vollständigere Niederlage hat seit langem kein Politiker der liberalen Partei erlitten, wie dieser gelehrte Geschichtsprofessor, — und heute zweiselhaft außer ihm und seinem nicht minder lästig abschneidenden Gehilfen, dem Landes-Dekonomerath Dr. Thiel, wohl Niemand im Abgeordnetenhouse daran, daß die Niederlage eine wohl verdiente sei. Von Bonn aus, anscheinend ebenfalls von Hrn. v. Sybel, Dr. Thiel und Genossen besonders inspirirt, war vorige Ostern eine Agitation für unveränderliche Annahme des § 1 des Militärgegeses durch patriotische Phrasen in Gang gesetzt worden, eine Agitation, die vielleicht eine Schädigung unserer gesamten constitutionellen Entwicklung in Zukunft bewirken könnte. Die jetzige Agitation, aus Besorgniß vor Kräftigung des clerikalen Einflusses den Erlaß freistaatlicher Communalreformgesetze für Rheinland und Westfalen zu halten, hat vorläufig ihren Erfolg gehabt: Fürst Bismarck hat den voreiligen Versicherungen des Hrn. Professors Glauben geschenkt, und den Minister des Innern zu der derselben wohl nicht unangenehmen Unterlassung schwerer Arbeiten veranlaßt. Das preußische Abgeordnetenhaus aber ist nicht so bang vor dem schwarzen Gespenst, wie der Herr v. Sybel. Als vor einigen Tagen die Fortschrittspartei auf Vorschlag des Abg. Eugen Richter den Antrag Birchow sofort in das Haus zu bringen beschloß, war sie keineswegs sicher, für diesen Antrag eine sehr

große Mehrheit zu Hause. Hätte doch eine Zeilang die Sybelsche Agitation die lebhafteste. Billigung eines großen Theiles der national-liberalen Presse gefunden; war man doch deshalb von der günstigen Stimmung der Nationalliberalen nicht hinreichend unterrichtet. Aber nachdem Hr. v. Sybel gestern seine Quasi-Befreiungrede gehalten hatte, waren auch noch die letzten schwankenden Stimmen ihm abfallen. Der Abschlachtung, welche Berger vollzog, folgten später Miquel und Birchow mit Lügenreinen durchschlagenden Beweisen. Die erste Etappe des Rückzugs im Kampf gegen die Clerikalen hatte Berger die Hinausschließung der Reformgegesetze für Rheinland und Westfalen geplant, — Birchow berief sich auf die falschen Beschlüsse des Auslands, dem wir zu zeigen haben, daß wir den Kampf gegen die Clerikalen nicht für so gefährlich halten, wie man ihn brauchen ansieht. Und aus den drei Provinzen, Preußen, Sachsen und Schlesien, welche die Kreisordnung in ultramontane Kreise eingeführt haben, waren ja Zeugen vorhanden, daß von irgend welchen Staatsgefährden nichts zu entdecken sei. Berger hätte auf den Freiherrn v. Hoverbeck hinweisen können, der in seinem ultramontanen (Cermeländischen) Heimatkreise nicht blos Amtsvorsteher, sondern auch das einflussreichste Kreisausschusmitglied ist und von ultramontanen Gegenbestrebungen gegen seine gemeinnützige Tätigkeit noch nichts verspürte.

Köln, 10. Februar. [Widerspruch gegen die Predigt eines staatsfeindlichen Geistlichen.] In einem rheinischen Städtchen, Namens Kürs, hat sich dieser Tage zugetragen, daß der Geistliche in seiner Predigt gar arg auf die bösen Zeiten schimpfte, über die Kirchengesetze herzog und der Regierung die Schuld an allem Nebel beimaß. Sie habe die Geistlichen aus der Schule verdrängt und Gesetze gegeben, die man ohne Gewissensbeschwerde nicht befolgen könne. Daher sei die öffentliche Schamlosigkeit, Verbrechen, Sitten- und Zügellosigkeit. „Das ist gelogen“, erwiderte hier die Stimme des Herrn M., des Ortsvorstehers, laut und feierlich in die Predigt hinein. „Daran trägt nicht der Staat die Schuld, sondern die Pfaffen!“ Hierauf allgemeiner Tumult und die Predigt war zu Ende. Der Ortsvorsteher wird freilich vielleicht wegen Störung des Gottesdienstes verurtheilt werden; wenn aber sich öfter so mutige Leute fänden, so würden die wütigen Pfäfflein doch wohl bald etwas seltener werden.

Trier, 10. Februar. [Der Cassationsrecurs des Kaplan Schneider.] Der in den beiden ersten Instanzen wegen seines Trozens gegen die Ausweisungsstrafe durch wiederholte Rückkehr und Messelen in der Laurentiuskirche zu einer Geldstrafe von 100 Thlr. verurtheilt worden war, ist vom Obertribunal verworfen worden.

Kassel, 10. Februar. [Renitente Gemeinden.] Nach einer Notiz der „Hess. Bl.“ beläuft sich die Zahl der renitenten Gemeinden nunmehr auf 20, während sie anfangs Mai vor. J. nur 13 betrug.

München, 10. Februar. [Der König] war wegen Unwohlseins verhindert, sich altem Herkommen gemäß in der Allerheiligen-Hofkirche von der Geistlichkeit „einichern“ zu lassen.

München, 10. Februar. [Die angedrohte Verhaftung des Abgeordneten Pfarrer Mahr] von Ebermannstadt ist plötzlich stattgefunden worden. Wie nämlich dem „Korresp. v. u. f. Deutschland“ mitgetheilt wird, hatte Pfarrer Mahr, statt am 4. Februar im Zellengefängnis zu Nürnberg zu erscheinen, zwei Tage vorher in einer Eingabe an das Bezirksgericht München die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihn verlangt, da falsche eidliche Aussagen gemacht worden seien. Am 3. Februar reiste er nach Bamberg, von wo er sich am 4. d. Abends nach Ebermannstadt zurückbegab. Mittlerweile war vom Bezirksgericht München telegraphisch der Befehl zur Verhaftung Mahr's gekommen, welcher aber in dessen Abwesenheit nicht vollzogen werden konnte. In der Nähe von Ebermannstadt angelangt, wurde Pfarrer Mahr von einem Bürger gewarnt, daß der Gendarmerie-Wachmeister im Pfarrhofe nach ihm gesucht habe. Mahr ging nun in der Nacht nach Forchheim zurück, fuhr mit der Eisenbahn nach München und ließ durch seinen Vertheidiger Popp ein Gnadengebot um Umwandlung des Zellengefängnisses in Festungshaft einreichen. Inzwischen kam am 4. die telegraphische Anfrage der Staatsanwaltschaft in Ebermannstadt an, ob Mahr bereits verhaftet sei. Auf die verneinende Antwort kam nichts durch den Telegraphen die Weisung, die Verhaftung zu unterlassen.

München, 10. Februar. [Berichtigung.] Aus verlässigster Quelle kann der „N. R.“ versichern, daß alle Mittheilungen in Bezug auf die Ernennung eines neuen Erzbischofs von Bamberg nur auf Vermuthungen beruhen, da an maßgebender Stelle die Wiederbefestigung des erledigten erzbischöflichen Stuhles bis jetzt noch gar nicht in Erwägung gezogen wurde.

Ankündigungen der Buchhändler und Quacksalber, welche stets mit besonderen Typen und allen voran gedruckt wurden und Nachfragen nach Lakaien, „welche Violine oder Flöte zu spielen verstehen“, sind die Spalten des englischen „Mercurius Politicus“, der sich nach Wiederherstellung des Königthums in einem „Mercurius Publicus“ verwandelt, ausschließlich giftigen Angriffen gegen die Puritaner und den königlichen Hunden gewidmet. Karl II. liebte eben die Hunde, wie andere nicht genug Diamanten oder Uhren haben können. Folgendes Inserat ist wahrscheinlich von „Seiner Majestät“ selbst geschrieben: „Wir müssen wieder (die königlichen Hunde wurden nämlich sehr häufig gestohlen) nach einem schwarzen Hunde forschen, halb Windspiel, halb Wachtelhund, ohne einen weißen Fleck, nur mit einem Strich auf der Brust und einem gefüllten Schwanz. Es ist Seiner Majestät eigener Hund und wurde ohne Zweifel gestohlen, denn derselbe war weder in England geboren noch erzogen und würde seinen Herrn nie verlassen. Wer ihn findet, mag darüber in Whitehall Mittheilung machen, denn der Hund war bei Hofe besser bekannt als jene, welche ihn stahlen. Wird man denn nie aufhören Seine Majestät zu berauben? Soll er keinen Hund halten? Dieses Hundes Platz (doch besser als manche sich einbilden) ist der einzige Platz, um welchen Niemand bitten will.“ Man denkt sich nur, wenn heute — zu komisch! Uebrigens verstanden die Könige sich damals doch besser auf den Schwindel. Im Mai 1664 erschien im „Public Intelligencer“ folgende Annonce: Whitehall 14. Mai 1664. Da Seine geheiligte Majestät erklärt hat, daß es seine königliche Absicht und sein Wille ist, während des Monats Mai fortzufahren in der Heilung des Volkes von dem Nebel und dann bis zur nächsten Michaelsmesse zu pausieren, so habe ich Auftrag dies kundzutun, damit die Leute nicht in der Zwischenzeit in die Stadt kommen und ihre Arbeit verlieren.“ Die Heilung von dem Nebel bestand aber bekanntlich darin, daß Seine schwindlerische Majestät den armen franken Leuten die Hand auflegte und sie dadurch kurirte; da der Wunderhüter jedem Patienten ein Goldstück einbandigte, so ist die Erklärung der Heilung oft gefunden. Diese Heilkraft der königlichen Hände dauerte sonderbarer Weise nur bis zum Tode Anna's und zwar verlor sie sich dann nicht, weil das Volk nicht mehr an sie glauben wollte, sondern weil daß vom Parlament geschaffene Königthum das „göttliche Recht“ verloren hatte. Es war eben die glänzendste Zeit der Quacksalber. Ein gelehrter Ritter, Kenelm Digby, welcher seine Gemahlin mit Capaunen, die mit Schlängen seit-

große Mehrheit zu Hause. Hätte doch eine Zeilang die Sybelsche Agitation die lebhafteste. Billigung eines großen Theiles der national-liberalen Presse gefunden; war man doch deshalb von der günstigen Stimmung der Nationalliberalen nicht hinreichend unterrichtet. Aber nachdem Hr. v. Sybel gestern seine Quasi-Befreiungrede gehalten hatte, waren auch noch die letzten schwankenden Stimmen ihm abfallen. Der Abschlachtung, welche Berger vollzog, folgten später Miquel und Birchow mit Lügenreinen durchschlagenden Beweisen. Die erste Etappe des Rückzugs im Kampf gegen die Clerikalen hatte Berger die Hinausschließung der Reformgegesetze für Rheinland und Westfalen geplant, — Birchow berief sich auf die falschen Beschlüsse des Auslands, dem wir zu zeigen haben, daß wir den Kampf gegen die Clerikalen nicht für so gefährlich halten, wie man ihn brauchen ansieht. Und aus den drei Provinzen, Preußen, Sachsen und Schlesien, welche die Kreisordnung in ultramontane Kreise eingeführt haben, waren ja Zeugen vorhanden, daß von irgend welchen Staatsgefährden nichts zu entdecken sei. Berger hätte auf den Freiherrn v. Hoverbeck hinweisen können, der in seinem ultramontanen (Cermeländischen) Heimatkreise nicht blos Amtsvorsteher, sondern auch das einflussreichste Kreisausschusmitglied ist und von ultramontanen Gegenbestrebungen gegen seine gemeinnützige Tätigkeit noch nichts verspürte.

König, 11. Februar. [Reichsrath und Ministerium.] Durch die Wendung, die der Prozeß Osenheim genommen und insbesondere durch die Art, wie Vanhans in denselben verwickelt worden ist, sind unsere Minister in höchsten Grade reizbar und nervös geworden. Das gilt namentlich vom Fürsten Auersperg, der vorm Jahre als Schwatzschef a. D. einigermaßen autokratisch aufgetreten und von der eigenen Partei strenge Disciplin zu fordern pflegte. Die Niederlage des Cabinets in Sachen der Executions-Ordnung hat den Fürsten arg verschuppt und dieser Aerger macht sich nun gestern im Finanzausschuß in einer kleinen Scene Lust. Es handelt sich um den Rechnungsbeschluß für 1873 und um die starken Überschreitungen des Budgets, die sich das Ministerium hatte zu Schulden kommen lassen. Sparmeister Brestel beantragte Genehmigung dieser Mehrausgaben, da dieselben in der That meistens durchaus gerechtfertigt und überdies durch 20 Millionen Mehrertrag aus der Steuern gedeckt sind. Allein am Füße einer Resolution hieß es: die Regierung solle in Zukunft während der Parlamentsession niemals, in Abwesenheit des Reichsrathes nur in Fällen des gefährdeten Staatswohles solche Überschreitungen sich erlauben. Gisela war natürlich gleich bei der Hand, sich den Mund zu zerreißen — man weiß, daß Sparen sein Fach ist! Andere Abgeordnete wiesen jedoch darauf hin, daß wir gerade jetzt ein Tadelvotum gegen die Regierung, bei der Wendung, welche die Dinge in Ungarn nehmen, absolut nicht brauchen können. Von allen Seiten erklärte man, daran denke auch Niemand — und so wurde die Resolution mit dem Amendement angenommen, daß es statt „niemals“ heißt „wo möglich nicht.“ Nach der Sitzung in dessen sagte Fürst Auersperg gesprächsweise zu einigen Herren ziemlich unvorsichtig: „ich kann Sie versichern, daß wir nach wie vor das Vertrauen der Krone haben; ich werde aber die Vertrauensfrage auch im Hause stellen müssen — denn wir wollen eventuell recht gerne geben, aber als man denkt; aber uns durch solche Nadelstreiche tödten lassen, das wollen wir entschieden nicht!“ Zu einer Cabinettskrise braucht man diesen rein privaten Ausbruch des Unmutes nicht aufzubauen: bedenklicher aber ist, daß das Ministerium, durch seine Erfolge ermutigt, die Fühlung mit dem Abgeordnetenhouse nicht mehr sucht und allmälig verliert!

Italien.

Rom, 4. Februar. [Die diplomatischen Enthüllungen der „Epoca“.] Über die seit einigen Tagen mehrfach erwähnten Schriften, welche die in Florenz erscheinende „Epoca“ veröffentlicht, geht der „R. Z.“ von hier unter dem heutigen folgenden Mittheilung zu:

Ein neues Florentiner Blatt, die „Epoca“ beginnt an, wie das jetzt Mode ist, diplomatische Enthüllungen zu bringen. Die drei heute von ihm mitgetheilten Actenstücke beziehen sich auf Unterhandlungen, welche gegen Ende 1867 zwischen Mazzini und dem preußischen Gesandten in Florenz stattgefunden haben sollen. Diese Unterhandlungen sollen die Unterminierung eines angeblichen französisch-italienischen Bündnisses zum Gegenstande gehabt haben. Der Gedanke sei von Mazzini aufs Tapet gebracht und die bezüglichen Vorschläge von ihm gemacht worden; die andere Seite habe das betreffende Anerbieten zwar nicht ohne Weiteres von der Hand gewiesen, aber es leuchtete doch ihr Missbrauch in die von Mazzini gemachten Angaben aus der Erwiderung hervor, und sie verlangte vor Allem Eins: nämlich Beweise für die Existenz des angeblichen preußisch-französisch-italienischen Abkommens. So weit die „Epoca“, welche für morgen die Fortsetzung der Veröffentlichung verspricht. Außer Stande, für den Augenblick uns über Echtheit oder Unechtheit der Documente auszusprechen, begnügen wir uns, dieselben im Folgenden wörtlich wiederzugeben.

I. Giuseppe Mazzini an den Grafen Bismarck.

Ich sehe voraus, daß die Absichten Louis Napoleon's bezüglich eines Krieges gegen Preußen bekannt sind. Ich sehe ebenfalls voraus, daß die formellen Vorschläge zu einem Bündnis, wie sie unserer Regierung gemacht wurden, bekannt sind. Diese Vorschläge bilden den Gegenstand einer gegen den 19. März 1867 nach Florenz gerichteten Note, in welcher angekündigt wurde, welche Haltung man einnehmen müsse, damit der Artikel V. des Prager Friedens, der Norddeutschland betrifft, den Vorwand liefern könnte, um das preußisch-italienische Bündnis zu brechen. Die Unterstüzung, welche man von Italien verlangte, bestand aus 60,000 Mann und einer ungeheuren Menge Artillerie. Die Vorschläge erhielten die Bestimmung der bietenden Regierung. Es ist wahrscheinlich, daß man, um das natürliche Widerstreben des Landes zu beseitigen, die Zurückziehung der französischen Truppen zum offenen Kaufpreis des Bündnisses machen werde.

Ich heile nicht die politischen Zielle des Grafen Bismarck. Seine Methode der Unification hat nicht meine Sympathien; aber ich bewundere seine Fähigkeit, seine Energie und seine Unabhängigkeit gegenüber den fremden Mächten. Ich glaube an die Einheit Deutschlands und würde sie herbei, wie die meines eigenen Vaterlandes. Ich verabschiede das Kaiserthum und die Suprademokratie (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Ansichten der Buchhändler und Quacksalber, welche stets mit besonderen Typen und allen voran gedruckt wurden und Nachfragen nach Lakaien, „welche Violine oder Flöte zu spielen verstehen“, sind die Spalten des englischen „Mercurius Politicus“, der sich nach Wiederherstellung des Königthums in einem „Mercurius Publicus“ verwandelt, ausschließlich giftigen Angriffen gegen die Puritaner und den königlichen Hunden gewidmet. Karl II. liebte eben die Hunde, wie andere nicht genug Diamanten oder Uhren haben können. Folgendes Inserat ist wahrscheinlich von „Seiner Majestät“ selbst geschrieben: „Wir müssen wieder (die königlichen Hunde wurden nämlich sehr häufig gestohlen) nach einem schwarzen Hunde forschen, halb Windspiel, halb Wachtelhund, ohne einen weißen Fleck, nur mit einem Strich auf der Brust und einem gefüllten Schwanz. Es ist Seiner Majestät eigener Hund und wurde ohne Zweifel gestohlen, denn derselbe war weder in England geboren noch erzogen und würde seinen Herrn nie verlassen. Wer ihn findet, mag darüber in Whitehall Mittheilung machen, denn der Hund war bei Hofe besser bekannt als jene, welche ihn stahlen. Wird man denn nie aufhören Seine Majestät zu berauben? Soll er keinen Hund halten? Dieses Hundes Platz (doch besser als manche sich einbilden) ist der einzige Platz, um welchen Niemand bitten will.“ Man denkt sich nur, wenn heute — zu komisch! Uebrigens verstanden die Könige sich damals doch besser auf den Schwindel. Im Mai 1664 erschien im „Public Intelligencer“ folgende Annonce: Whitehall 14. Mai 1664. Da Seine geheiligte Majestät erklärt hat, daß es seine königliche Absicht und sein Wille ist, während des Monats Mai fortzufahren in der Heilung des Volkes von dem Nebel und dann bis zur nächsten Michaelsmesse zu pausieren, so habe ich Auftrag dies kundzutun, damit die Leute nicht in der Zwischenzeit in die Stadt kommen und ihre Arbeit verlieren.“ Die Heilung von dem Nebel bestand aber bekanntlich darin, daß Seine schwindlerische Majestät den armen franken Leuten die Hand auflegte und sie dadurch kurirte; da der Wunderhüter jedem Patienten ein Goldstück einbandigte, so ist die Erklärung der Heilung oft gefunden. Diese Heilkraft der königlichen Hände dauerte sonderbarer Weise nur bis zum Tode Anna's und zwar verlor sie sich dann nicht, weil das Volk nicht mehr an sie glauben wollte, sondern weil daß vom Parlament geschaffene Königthum das „göttliche Recht“ verloren hatte. Es war eben die glänzendste Zeit der Quacksalber. Ein gelehrter Ritter, Kenelm Digby, welcher seine Gemahlin mit Capaunen, die mit Schlängen seit-

ließen im Hunde quer über die Ludgate Hill“ in jenen Registern häufig verberkeht. Folgendes ist besonders bezeichnend: „Traute in einem Barbierladen für eine halbe Guinea einen gewissen Kerrils, allein später wurde das Geld mir wieder aus der Tasche gezogen und aus Furcht für mein Leben gab ich es zurück.“ Man kann sich leicht denken, daß die Zügellosigkeit auch in den Inseraten den offensivsten Ausdruck fand und darin besteht vielleicht der einzige Unterschied, daß jene Zeit ohne Rückhalt veröffentlichte, was heute auf tausend Umwegen, aber schließlich doch zur Kenntnis des Publikums, das es annehmen soll, gelangt.

Weniger in der Art, als in der Ausdehnung, zeichnet sich das heutige Unkonvenienzen vor demjenigen des vorigen Jahrhunderts aus. Aus den Spalten der „Times“ wird der zukünftige Historiker sich eine leidlich richtige Vorstellung von den Sitten, Bedürfnissen und Eigenheiten unserer Zeit machen. Wie die Zeitgenossen, so wird auch er sein größtes Vergnügen an den logischen und grammatischen Schnitzern finden, an welchen die Inserate heute so reich sind. Da ist „die alte Jungfer, die Freundin von Kindern, welche drei oder vier, die keine eigenen haben“, adoptiert will; da ist der religiöse Fanatiker, „welcher einen jungen Mann wünscht zur Wartung der Pferde methodistischer Confession“; da fordert der Chemiker „den Herrn, welcher ihm selnen Magen zur Analyse überläßt“, auf, denselben wieder mit dem Resultat abzuholen; da wird endlich zum Verkauf angeboten „ein vorzügliches graues Pferd zum Reiten für einen Krieger oder für eine Dame mit einem kurzen Schwanz“ u. s. w. Für Notizen über Geburten, Sterbefälle und Trauungen dankte die Administration der „Times“ früher den Einsendern, dann kam eine Zeit, wo die aus dieser Rubrik einschließenden Gelder der Frau des Besitzers, Herrn Walter, als Taschengeld zu Gute kamen, bis sie die enorme Höhe von heute erreichten, wo der Eigentümer es für vortheilhaft hält, sie den übrigen Millionen hinzuzufügen. Das jetzige Inseratenwesen ist zu solcher Größe und Mannigfaltigkeit angewachsen, daß es unmöglich ist, die charakteristischen Züge derselben in diesen engen Spalten vorzuführen. Es wäre aber sicherlich ein verdienstliches Werk, das Publikum auf das Gist aufmerksam zu machen, welches in tausendfacher Form unter den unscheinbarsten Hülle oft die Unerfahrenen bedroht. Einen großen Theil unserer heutigen Inserate kann man nur an der Hand des Strafrichters, unter dem Lichte der Gerichtsverhandlungen, verstehen.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

matische, welche Frankreich sich über Europa anmaßt. Ja, ich glaube, daß ein Bündnis Italiens mit Frankreich gegen Preußen, dessen Siegen wir Benedict verdannten, ein Verbrechen wäre, welches unsere junge Fahne unauslöschlich beflecken würde. Unter Aufrechthaltung unserer beiderseitigen Unabhängigkeit für die Zukunft glaube ich, man könnte wohl etwas ins Werk setzen, was ich eine „strategische Allianz“ zwischen der preußischen Regierung und unserer Actionspartei „gegen den gemeinsamen Feind“ nennen würde. Die preußische Regierung müßte uns eine Million Lire und 2000 Bündnadeutsche liefern. Ich würde meine Ehre dafür einsetzen, daß ich mich dieser Mittel zu keinem anderen Zweck bedienen würde, als um jede Möglichkeit einer Allianz zwischen Italien und dem Kaiserreich zu vernichten und die gegenwärtige Regierung — falls sie darauf bestände — zu stürzen. Die nachfolgende Regierung müßte dann eine deutsch-italienische Allianz gegen jede fremde Invasion als Programm nehmen. Und da das Ziel jeder Bewegung in Italien notwendiger Weise Rom sein würde, so müßte eine Collision zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich werden.

Ich habe keine anderen Garantien zu bieten: mein ganzes Leben und das Ziel, nach welchem ich seit 25 Jahren strebe, bürigen für meine Treue gegenüber den Verpflichtungen, die ich übernehme.

Es ist einleuchtend, daß die materielle Unterstützung, welche ich von der preußischen Regierung verlange, wenigstens teilweise vor der Vermöhlung der bonapartistischen Anschläge gegen Deutschland geleistet werden müßte. Wir müssen das Terrain für die Action vorbereiten, welche übrigens an sich schon jede Gefahr für Preußen fernzuhalten genügt. 500,000 Lire müßten sofort ausgezahlt werden. Was die Gewehre betrifft, so würde ich vorausgesetzt, daß das Übereinkommen akzeptiert würde, die Art und Weise angeben, wie man das Versprechen erfüllen könnte. Ich halte den Kampf gegen den Bonapartismus für eine Lebensfrage für uns, für Deutschland und für ganz Europa. Und ich glaube, daß der Ausgangspunkt dafür sich in Italien finden läßt. Das müßte dazu veranlassen, uns die obige Unterstüzung zu gewähren.

Lugano, 17. November 1867. Giuseppe Mazzini.

„Diese Zuschrift, so erzählt die „Epoca“ weiter, wurde dem Grafen v. Usedom in Florenz eingehändigt. Er antwortete in der folgenden Weise, die ihn nach keiner Seite hin compromittirte.

II. Graf v. Usedom an Mazzini.

1. Wenn im gegenwärtigen Augenblick Opportunität vorliege, so könnten prinzipiell Verhandlungen angeknüpft werden auf Grund der gemachten Vorschläge. Die Existenz dieser Opportunität ist nicht einleuchtend. Jedoch ist dieses Letztere nur ein persönlicher Eindruck desjenigen, welcher antwortet.

2. Obwohl die französischen Versicherungen guter Absichten bezüglich Preußens wenig Vertrauen verdienen, so besteht doch äußerlich gutes Einverständnis, und hoffentlich wird dasselbe von Dauer sein.

3. Es ist nicht verfehlt worden, dem Grafen Bismarck den Wortlaut des gemachten Vorschlags zu übermitteln; die betreffenden Bemerkungen sollen seiner Zeit mitgetheilt werden.

4. Man hält es nicht für passend im Augenblick, daß direct interessierte Personen nach Berlin gehen und dort Verhandlungen anstrengen. Auch dies ist eine bloß persönliche Ansicht desjenigen, welcher antwortet.

5. Man darf nicht vergessen, daß während auf der einen Seite die preußische Diplomatie fürchtet, daß Uebereinkommen zwischen der französischen und der italienischen Regierung bestehen, auf der anderen die französische Diplomatie Verständigungen zwischen Preußen und Italien argwöhnt. Die Consequenz davon ist klar: Abmahn.

Florenz, 19. November 1867.

III. Antwort des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die Regierung fürchtet in der That, daß zwischen der königlichen (italienischen) Regierung und dem französischen Kaiser Abmachungen bestehen, die vielleicht mit dem, was der König von Preußen erwarten zu dürfen glaubt, im Widerspruch stehen möchten, aber sie hat keinen Beweis dafür, und diesen müßte sie erfordern; dann würde sie alsbald mit demjenigen in Beziehung treten, welcher allein heutzutage der Auflösungspolitik entgegentreten kann. Sie fordert deshalb den Verfasser der Eingabe auf, sich den Beweis zu verschaffen und dem preußischen Unterhändler die nothwendigen, darauf bezüglichen Ausführungen zu geben, um zu einer directen Vereinbarung mit dem Verfasser der Eingabe gelangen zu können. Um demselben den Weg zu erleichtern, wird ihm mitgetheilt, daß die Generale Gialdini und Durando gesagt haben, sie hätten die zwischen der (italienischen) Regierung und dem Kaiser gewechselten Depeschen gelesen, in welchem die erste die Verpflichtung auf sich nehme, nicht nach Rom zu gehen — Depeschen, welche die Präliminarien zu einer italienisch-französischen Verständigung zum Schaden Preußens gewesen sind.

Rom, 5. Februar. [Zu den diplomatischen Enthüllungen der „Epoca“] schreibt man der „A. B.“: Fortsetzung und Schluß der diplomatischen Enthüllungen in der heutigen „Epoca“ constatiren, daß die Unterhandlungen, welche Mazzini anzuknüpfen gesucht hatte, ohne Resultat blieben, so sehr, daß Mazzini der Einzige ist, welcher in den beiden Actenstücken dieses zweiten Theiles redend auftritt. Das preußische auswärtige Amt hat augenscheinlich nichts von ihm wissen wollen, obwohl es ihm immerhin der Mühe werth erschienen ist, den alten Agitator auszuforschen. Es folgt nun zunächst

IV. Antwort Mazzini's vom 28. November 1867.

„Ich halte mich vor der Hand nicht für berechtigt, den preußischen Offizier (mit welchem Mr. in Turin verhandelt haben wollte) zu nennen. Aber der Eigentum als Preuße ist u. A. Rüstow bekannt, und nichts ist von ihm zu besorgen. Ich bin natürlich bereit, persönlich mit dem Grafen Usedom mich zu verständigen oder mit einem beliebigen Abgesandten seinerseits. Jetzt zwei Worte über die fragliche Angelegenheit.

Noch einmal verzichthe ich, daß der Krieg gegen Preußen virtuell von Louis Napoleon entschieden ist; alle Kasernen in Frankreich kennen schon diese Parole. Ich vertrüge, daß die italienische Regierung sich mündlich verpflichtet hat, Italien an demselben theilnehmen zu lassen. Das kann ich nicht beweisen, aber die Nachrichten kommen mir von Agenten zu, auf welche ich mit Recht zähle, wie ich auch auf denselben zählen könnte, der mir die Convention von Blombières enthielt.

Es ist wahrscheinlich, daß die Einigung in Rom (Mazzini hat diejenige Einigung im Auge, welche Montanari zur Folge hatte), wie ich schon in der ersten Note bemerkte, Seitens Louis Napoleons den Zweck hat, ein Pfand für die Erfüllung der Obliegenheiten zu bilden, welche die italienische Regierung bezüglich Preußens auf sich genommen hat, und zugleich im geeigneten Augenblick den Widerstand Italiens einzufädeln, indem Napoleon ihm dann ein beliebiges Jugestandnis bezüglich Roms macht. Ich sage „ein beliebiges“ — denn Rom, einfach und an sich, d. h. die Abhängigkeit der weltlichen Herrschaft, kommt bei den Beiden gar nicht in Frage.

Das ist es aber gerade, was wir wollen; und wir können vermittelst der Revolution dazu kommen.

Ich weiß nicht — dies mag noch im Fluge berührt werden — ob die römische Frage für Preußen ein integrirendes Detail ist; aber abgesehen von der Wichtigkeit der religiösen und politischen Frage, liegt für uns und wie ich glaube auch für Europa ein Gedanke höherer Art darin, welcher auch meinen Vorschlag veranlaßt hat: ein anti-bonapartistischer Gedanke. Ich betrachte den Bonapartismus als die permanente Gefahr für Europa. Dies zu erkennen, halte ich für unnötig. Wer es nicht sieht, ist kein Politiker. Für diese Gefahr erblicke ich ein Heilmittel in einem herzlichen und ehrlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien. Für dieses Einvernehmen sind Pfänder nötig: eine Unterstützung Seitens des ersten, eine nationale Regierung unsererseits. Eine nationale italienische Regierung würde zunächst um ihres Prinzen und dann um Nizza und Rom willen von Hause aus dem Bonapartismus feind sein. Was wir heutzutage haben, ist nichts Anderes als eine französische Präfektur.

Ich bin krank und kann nicht ausführlich schreiben. Ich will nur wiederholen, daß die Hilfe, wenn man sie zugestehen will, wenigstens zum Theil eine sofortige sein müßte. Wir haben einige Zeit nötig, um uns vorzubereiten, und binnen zwei Monaten sind wir dem Frühling nahe“.

„Damit hatten die Unterhandlungen ihr Ende erreicht. Mazzini's Bemühungen waren ohne Erfolg geblieben. Auf die obige Note erhielt er gar keine Antwort. Der preußische Vertreter in Florenz, Graf von Usedom, wurde in der Zwischenzeit abberufen. Mazzini aber kam nochmals auf die berührten Punkte in einem Schreiben zurück, welches gleichfalls von der „Epoca“ veröffentlicht wird und an eine „preußische Persönlichkeit in Florenz“ gerichtet ist, welche autorisiert wird, seinen Inhalt „demjenigen mitzuteilen, welcher von der preußischen Gesandtschaft mit ihr in Beziehungen steht“. Dieses letzte ausführliche Schrei-

ben wiederholt die Prophezeiung eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, und bedauert, daß Preußen, obwohl es unter den bestehenden Verhältnissen höchstens auf die Neutralität und mit Wahrscheinlichkeit nur auf die Gegnerschaft Italiens bei einem solchen Kriege zähle, für die Zukunft glaube ich, man könnte wohl etwas ins Werk setzen, was ich eine „strategische Allianz“ zwischen der preußischen Regierung und unserer Actionspartei „gegen den gemeinsamen Feind“ nennen würde. Die preußische Regierung müßte uns eine Million Lire und 2000 Bündnadeutsche liefern. Ich würde meine Ehre dafür einsetzen, daß ich mich dieser Mittel zu keinem anderen Zweck bedienen würde, als um jede Möglichkeit einer Allianz zwischen Italien und dem Kaiserreich zu vernichten und die gegenwärtige Regierung — falls sie darauf bestände — zu stürzen. Die nachfolgende Regierung müßte dann eine deutsch-italienische Allianz gegen jede fremde Invasion als Programm nehmen. Und da das Ziel jeder Bewegung in Italien notwendiger Weise Rom sein würde, so müßte eine Collision zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich werden.

Ich habe keine anderen Garantien zu bieten: mein ganzes Leben und das Ziel, nach welchem ich seit 25 Jahren strebe, bürigen für meine Treue gegenüber den Verpflichtungen, die ich übernehme.

Es ist einleuchtend, daß die materielle Unterstützung, welche ich von der preußischen Regierung verlange, wenigstens teilweise vor der Vermöhlung der bonapartistischen Anschläge gegen Deutschland geleistet werden müßte. Wir müssen das Terrain für die Action vorbereiten, welche übrigens an sich schon jede Gefahr für Preußen fernzuhalten genügt. 500,000 Lire müßten sofort ausgezahlt werden. Was die Gewehre betrifft, so würde ich vorausgesetzt, daß das Übereinkommen akzeptiert würde, die Art und Weise angeben, wie man das Versprechen erfüllen könnte. Ich halte den Kampf gegen den Bonapartismus für eine Lebensfrage für uns, für Deutschland und für ganz Europa. Und ich glaube, daß der Ausgangspunkt dafür sich in Italien finden läßt. Das müßte dazu veranlassen, uns die obige Unterstüzung zu gewähren.

Lugano, 17. November 1867. Giuseppe Mazzini.

„Diese Zuschrift, so erzählt die „Epoca“ weiter, wurde dem Grafen v. Usedom in Florenz eingehändigt. Er antwortete in der folgenden Weise, die ihn nach keiner Seite hin compromittirte.

II. Graf v. Usedom an Mazzini.

1. Wenn im gegenwärtigen Augenblick Opportunität vorliege, so könnten prinzipiell Verhandlungen angeknüpft werden auf Grund der gemachten Vorschläge. Die Existenz dieser Opportunität ist nicht einleuchtend. Jedoch ist dieses Letztere nur ein persönlicher Eindruck desjenigen, welcher antwortet.

2. Obwohl die französischen Versicherungen guter Absichten bezüglich Preußens wenig Vertrauen verdienen, so besteht doch äußerlich gutes Einverständnis, und hoffentlich wird dasselbe von Dauer sein.

3. Es ist nicht verfehlt worden, dem Grafen Bismarck den Wortlaut des gemachten Vorschlags zu übermitteln; die betreffenden Bemerkungen sollen seiner Zeit mitgetheilt werden.

4. Man hält es nicht für passend im Augenblick, daß direct interessierte Personen nach Berlin gehen und dort Verhandlungen anstrengen. Auch dies ist eine bloß persönliche Ansicht desjenigen, welcher antwortet.

5. Man darf nicht vergessen, daß während auf der einen Seite die preußische Diplomatie fürchtet, daß Uebereinkommen zwischen der französischen und der italienischen Regierung bestehen, auf der anderen die französische Diplomatie Verständigungen zwischen Preußen und Italien argwöhnt. Die Consequenz davon ist klar: Abmahn.

Florenz, 19. November 1867.

III. Antwort des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die Regierung fürchtet in der That, daß zwischen der königlichen (italienischen) Regierung und dem französischen Kaiser Abmachungen bestehen, die vielleicht mit dem, was der König von Preußen erwarten zu dürfen glaubt, im Widerspruch stehen möchten, aber sie hat keinen Beweis dafür, und diesen müßte sie erfordern; dann würde sie alsbald mit demjenigen in Beziehung treten, welcher allein heutzutage der Auflösungspolitik entgegentreten kann. Sie fordert deshalb den Verfasser der Eingabe auf, sich den Beweis zu verschaffen und dem preußischen Unterhändler die nothwendigen, darauf bezüglichen Ausführungen zu geben, um zu einer directen Vereinbarung mit dem Verfasser der Eingabe gelangen zu können. Um demselben den Weg zu erleichtern, wird ihm mitgetheilt, daß die Generale Gialdini und Durando gesagt haben, sie hätten die zwischen der (italienischen) Regierung und dem Kaiser gewechselten Depeschen gelesen, in welchem die erste die Verpflichtung auf sich nehme, nicht nach Rom zu gehen — Depeschen, welche die Präliminarien zu einer italienisch-französischen Verständigung zum Schaden Preußens gewesen sind.

Rom, 5. Februar. [Über die Ermordung Sonzogno's] schreibt man der „A. A. B.“: Die furchtbare Tragödie von gestern Abend, welche der Telegraph Ihnen gemeldet haben wird, ist wie ein greller Mistknot in den Carnevals Jubel und in den politischen Friedestaumel gefahren, in dem wir uns seit 14 Tagen wiegen. Die Bevölkerung ist eine unbeschreibliche, und das Mysterium, welches das ganze Verbrechen umgibt, macht es noch schauderhafter. Während die bunte lärmende Menge in phantastischem Aufzuge — man schwätzt sie auf mehr denn 20,000 Menschen — beinahe alle in grellen Farben verkleidet, unter dem Pfeifen der schneidenden Tramontana und dem Geräusch der improvisierten Instrumente nach Piazza Navona strömt, die in bengalischen Feuer und hundertsach bunter Beleuchtung ihren Fahnen- und Wappenschmuck zeigen, saß Raffaele Sonzogno noch allein bei der Arbeit und bereitete die „Capitale“ für den nächsten Tag vor, als ein Mensch ins Zimmer trat und unverzüglich dem am Schreibtisch Sitzenden ein fußlanges Messer in den Kopf stieß; der Hut schwächte den Stoß ab; Sonzogno erhob sich, da traf ihn ein zweiter Stoß in den Leib, ein dritter in die Schulter; er rang mit dem Attentäter, schrie um Hilfe, auf den Lärm stürzten zwei Arbeiter aus der Druckerei heraus; noch suchte der Unglückliche den Mörder am Rocke festzuhalten, da wendete sich dieser und stieß ihm die Waffe, die in der Wunde blieb, bis ans Herz in die Brust. Trotz der Anstrengung der beiden Arbeiter gelang es ihm die Treppe hinunter zu entrinnen; da verlegten ihm andere an der Haustür den Weg, und er ward den Gendarmen, die herbeiliefen ausgeliefert. Die anderen eilten zu dem Verwundeten: doch als sie die Waffe aus der Wunde zogen, verschied er auch, und dieser Mund kann kein Zeugnis mehr ablegen. In einem ersten Verhör, in einem zweiten sogar soll der Verbrecher, der doch auf der That erklapt worden, gelügt haben; auch soll er einem wahren Wahnsinn zur Beute sein. Er ist ein Schreiner seines Reichens, heißt Pio Freza, ist verheirathet und hat Kinder, istindeß noch ganz jung, eine hohe herculische Gestalt, Römer. Was ihn zur That getrieben, ahnt niemand. Die „Capitale“ selber erklärt: der Mann sei dem Gemordeten gänzlich unbekannt gewesen, und giebt zu verstehen, freilich auf sehr indirekte Weise, er möge wohl ein Bravo sein, der irgend einer Partei die frevelische Hand geliehen. Man sagt: der Mensch sei selber von der Partei Sonzogno's gewesen; an eine That aus Tugend, wie die Ermordung Marais, ist also nicht zu denken. In Raffaele Sonzogno stirbt ein gefährlicher Feind des italienischen Königthums; möchte sein Tod ihm nicht noch gefährlicher werden. Ein so grausenhafter Tod löscht gar manche Flecken aus und der Mann war noch wenige Tage vorher bei Garibaldi, dem leicht Erregbaren gewesen. Trotz der tiefen Bewegung ist erst alles auf der Oberfläche ruhig, aber wer weiß, was die folgenden Tage bringen? Die „Capitale“ wird wohl fortleben, es ist eine zu gute Spekulation, als daß sich nicht Leute finden sollten, um sie über dem Wasser zu halten; auch ist der Styl, in dem sie geschrieben ist, ein leichter, und hatte der Ermordete nicht allein das Privilegium desselben, aber die Kunst- und erfolgreiche Taktik im Auffinden neuer Agitationsmittel, die er in so hohem Grade besaß, wer wird diese zu überwissen? Möchte nur der Prozeß bald gemacht werden und volle Klarheit verbreiten. Vielleicht war nur ein Privatmotiv im Spiele; aber das Publikum wird es nicht glauben, bis es ihm mit Händen greifbar dargelegt wird.

IV. Antwort Mazzini's vom 28. November 1867.

„Ich halte mich vor der Hand nicht für berechtigt, den preußischen Offizier (mit welchem Mr. in Turin verhandelt haben wollte) zu nennen. Aber der Eigentum als Preuße ist u. A. Rüstow bekannt, und nichts ist von ihm zu besorgen. Ich bin natürlich bereit, persönlich mit dem Grafen Usedom mich zu verständigen oder mit einem beliebigen Abgesandten seinerseits. Jetzt zwei Worte über die fragliche Angelegenheit.

Noch einmal verzichthe ich, daß der Krieg gegen Preußen virtuell von Louis Napoleon entschieden ist; alle Kasernen in Frankreich kennen schon diese Parole. Ich vertrüge, daß die italienische Regierung sich mündlich verpflichtet hat, Italien an demselben theilnehmen zu lassen. Das kann ich nicht beweisen, aber die Nachrichten kommen mir von Agenten zu, auf welche ich mit Recht zähle, wie ich auch auf denselben zählen könnte, der mir die Convention von Blombières enthielt.

Es ist wahrscheinlich, daß die Einigung in Rom (Mazzini hat diejenige Einigung im Auge, welche Montanari zur Folge hatte), wie ich schon in der ersten Note bemerkte, Seitens Louis Napoleons den Zweck hat, ein Pfand für die Erfüllung der Obliegenheiten zu bilden, welche die italienische Regierung bezüglich Preußens auf sich genommen hat, und zugleich im geeigneten Augenblick den Widerstand Italiens einzufädeln, indem Napoleon ihm dann ein beliebiges Jugestandnis bezüglich Roms macht. Ich sage „ein beliebiges“ — denn Rom, einfach und an sich, d. h. die Abhängigkeit der weltlichen Herrschaft, kommt bei den Beiden gar nicht in Frage.

Das ist es aber gerade, was wir wollen; und wir können vermittelst der Revolution dazu kommen.

Ich weiß nicht — dies mag noch im Fluge berührt werden — ob die römische Frage für Preußen ein integrirendes Detail ist; aber abgesehen von der Wichtigkeit der religiösen und politischen Frage, liegt für uns und wie ich glaube auch für Europa ein Gedanke höherer Art darin, welcher auch meinen Vorschlag veranlaßt hat: ein anti-bonapartistischer Gedanke. Ich betrachte den Bonapartismus als die permanente Gefahr für Europa. Dies zu erkennen, halte ich für unnötig. Wer es nicht sieht, ist kein Politiker. Für diese Gefahr erblicke ich ein Heilmittel in einem herzlichen und ehrlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien. Für dieses Einvernehmen sind Pfänder nötig: eine Unterstützung Seitens des ersten, eine nationale Regierung unsererseits. Eine nationale italienische Regierung würde zunächst um ihres Prinzen und dann um Nizza und Rom willen von Hause aus dem Bonapartismus feind sein. Was wir heutzutage haben, ist nichts Anderes als eine französische Präfektur.

Ich bin krank und kann nicht ausführlich schreiben. Ich will nur wiederholen, daß die Hilfe, wenn man sie zugestehen will, wenigstens zum Theil eine sofortige sein müßte. Wir haben einige Zeit nötig, um uns vorzubereiten, und binnen zwei Monaten sind wir dem Frühling nahe“.

„Damit hatten die Unterhandlungen ihr Ende erreicht. Mazzini's Bemühungen waren ohne Erfolg geblieben. Auf die obige Note erhielt er gar keine Antwort. Der preußische Vertreter in Florenz, Graf von Usedom, wurde in der Zwischenzeit abberufen. Mazzini aber kam nochmals auf die berührten Punkte in einem Schreiben zurück, welches gleichfalls von der „Epoca“ veröffentlicht wird und an eine „preußische Persönlichkeit in Florenz“ gerichtet ist, welche autorisiert wird, seinen Inhalt „demjenigen mitzuteilen, welcher von der preußischen Gesandtschaft mit ihr in Beziehungen steht“. Dieses letzte ausführliche Schrei-

ben wiederholt die Prophezeiung eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, und bedauert, daß Preußen, obwohl es unter den bestehenden Verhältnissen höchstens auf die Neutralität und mit Wahrscheinlichkeit nur auf die Gegnerschaft Italiens bei einem solchen Kriege zähle, für die Zukunft glaube ich, man könnte wohl etwas ins Werk setzen, was ich eine „strategische Allianz“ zwischen der preußischen Regierung und unserer Actionspartei „gegen den gemeinsamen Feind“ nennen würde. Die preußische Regierung müßte uns eine Million Lire und 2000 Bündnadeutsche liefern. Ich würde meine Ehre dafür einsetzen, daß ich mich dieser Mittel zu keinem anderen Zweck bedienen würde, als um jede Möglichkeit einer Allianz zwischen Italien und dem Kaiserreich zu vernichten und die gegenwärtige Regierung — falls sie darauf bestände — zu stürzen. Die nachfolgende Regierung müßte dann eine deutsch-italienische Allianz gegen jede fremde Invasion als Programm nehmen. Und da das Ziel jeder Bewegung in Italien notwendiger Weise Rom sein würde, so müßte eine Collision zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich werden.

Ich habe keine anderen Garantien zu bieten: mein ganzes Leben und das Ziel, nach welchem ich seit 25 Jahren strebe, bürigen für meine Treue gegenüber den Verpflichtungen, die ich übernehme.

Es ist einleuchtend, daß die materielle Unterstützung, welche ich von der preußischen Regierung verlange, wenigstens teilweise vor der Vermöhlung der bonapartistischen Anschläge gegen Deutschland geleistet werden müßte. Wir müssen das Terrain für die Action vorbereiten, welche übrigens an sich schon jede Gefahr für Preußen fernzuhalten genügt. 500,000 Lire müßten sofort ausgezahlt werden. Was die Gewehre betrifft, so würde ich vorausgesetzt, daß das Übereinkommen akzeptiert würde, die Art und Weise angeben, wie man das Versprechen erfüllen könnte. Ich halte den Kampf gegen den Bonapartismus für eine Lebensfrage für uns, für Deutschland und für ganz Europa. Und ich glaube, daß der Ausgangspunkt dafür sich in Italien finden läßt. Das müßte dazu veranlassen, uns die obige Unterstüzung zu gewähren.

Lugano, 17. November 1867. Giuseppe Mazzini.

„Diese Zuschrift, so erzählt die „Epoca“ weiter, wurde dem Grafen v. Usedom in Florenz eingehändigt. Er antwortete in der folgenden Weise, die ihn nach keiner Seite hin compromittirte.

II. Graf v. Usedom an Mazzini.

1. Wenn im gegenwärtigen Augenblick Opportunität vorliege, so könnten prinzipiell Verhandlungen angeknüpft werden auf Grund der gemachten Vorschläge. Die Existenz dieser Opportunität ist nicht einleuchtend. Jedoch ist dieses Letztere nur ein persönlicher Eindruck desjenigen, welcher antwortet.

2. Obwohl die französischen Versicherungen guter Absichten bezüglich Preußens wenig Vertrauen verdienen, so besteht doch äußerlich gutes Einverständnis, und hoffentlich wird dasselbe von Dauer sein.

3. Es ist nicht verfehlt worden, dem Grafen Bismarck den Wortlaut des gemachten Vorschlags zu übermitteln; die betreffenden Bemerkungen sollen seiner Zeit mitgetheilt werden.

4. Man hält es nicht für passend im Augenblick, daß direct interessierte Personen nach Berlin gehen und dort Verhandlungen anstrengen. Auch dies ist eine bloß persönliche Ansicht desjenigen, welcher antwortet.

5. Man darf nicht vergessen, daß während auf der einen Seite die preußische Diplomatie fürchtet, daß Uebereinkommen zwischen der französischen und der italienischen Regierung bestehen, auf der anderen die französische Diplomatie Verständigungen zwischen Preußen und Italien argwöhnt. Die Consequenz davon ist klar: Abmahn.

Rom, 5. Februar. [Über die Ermordung Sonzogno's] schreibt man der „

gegenwärtig eine Bill erörtert, die wahrscheinlich noch in dieser Session zum Gesetz erhoben werden wird. Sie betrifft die Verbesserung der Wohnungen der armen und arbeitenden Klassen. Der Vorschlag, wie dies gemacht werden soll, ist nicht so eingreifend für die Besitzenden und Eigentümer, als daß man deshalb eine Verwerfung befürchten müßte. Daß etwas geschehen müsse, den armen Leuten menschenwürdige und gesunde Wohnungen zu verschaffen, wird allgemein anerkannt; doch darf das, was in dieser Beziehung durchgeführt werden könnte, Capitalisten und Hausbesitzer nicht besonders berühren. Der Minister des Innern in England will daher die Bill befürworten, wenn sie vorläufig auf London und die größeren Städte beschränkt bleibt; auf dem Lande und in den kleineren Städten sind die Gesundheitsverhältnisse auch der ärmeren Bevölkerung an sich schon besser; der Vorschlag des Gesetzentwurfes geht dahin, daß in Folge der Anzeige den Sanitätsbeamten, Wohnungen und Häuser, welche als der Gesundheit nachtheilig und schon in ihrem baulichen Zustande als Herde der Krankheiten erkannt werden, nach Untersuchung der städtischen Baukommission, vom Magistrat angekauft und niedergeissen werden sollen. Dazu ist jedoch unter Berücksichtigung der Billigkeit ein Parlamentsschluß erforderlich, zumal die Verzögerung und Kosten soviel als möglich dabei hingenommen werden sollen. Die Eigentümer solcher der Gesundheit kontrakt nachtheiliger Häuser können zum Verkauf derselben gezwungen werden zu dem reellen unparteiisch abgeschätzten Werthe; ist der Eigentümer nicht zufrieden damit, kann er eine Jury zur Entscheidung anrufen; bevor das Haus eingerissen wird, müssen alle Bewohner passend untergebracht sein; der Platz wird darauf unter der Bedingung verkauft, daß daselbst ein Wohngebäude errichtet wird. An Corporationen und Bauproletarienten soll der Platz nicht überlassen werden; findet sich nach einer bestimmten Frist kein Käufer, so ist der Magistrat zum Ausbau verpflichtet; eventuell zumal wenn es sich um ganze Straßenzüge handelt, kann auf Hülfe des Ministers recurrit werden, besondere Philanthropie wirkt mit dem Gesetze nicht bezweckt; Asyle, sowie oder auch nur billige Wohnungen für die Armen und Arbeiter herzustellen, ist nicht die Absicht, dazu würden auch die Mittel nicht ausreichen; es sollen lediglich an Stelle schlechter und ungünstiger Wohnungen anständige und gesunde treten. Eine gewissenhafte Untersuchung und ein ehrliches Urtheil von Seiten der Sanitätsbeamten ist das erste Erforderniß, wenn wirklich etwas Gutes dabei bewirkt werden soll.

* * * [Vacante städtische Ehrenämter.] In nächster Zeit werden für nachstehend bezeichnete städtische Ehrenämter Wahlen vollzogen werden: 1) ein Mitglied des Schieß- und Vorstandes (bisher Dr. Weis); 2) ein Vorsteher-Schulvertreter im Mauritius-Verein I. Abt. (bisher Bäckermeister Thau). — Vorschläge aus dem Schoße der Bürgerchaft sind an die Wahl- und Verfassungs-Kommission der Stadtverordneten zu richten.

* * * [Schlesischer Verein zur Heilung armer Augenkranker.] Nach dem eben erschienenen dreizehntigsten Jahresbericht sind im Jahre 1874 in ärztliche Behandlung gekommen: 2961 Kranke, und zwar einheimische 1643 und auswärtige 1318. Davon wurden 235 in die Augen-Heilanstalt aufgenommen und verpflegt (darunter 17 aus der Stadt Breslau und 8 aus dem Landkreis Breslau). — Der Bericht zählt eine sehr große Anzahl vorgenommener Operationen auf. Von den 28 Kranke, die mit Normalaltershaar behaftet waren, wurden 24 mit gutem Erfolge geheilt entlassen. Die Anzahl bat durch den Tod des Dr. Biol., des dirigierenden Arztes und Mitbegülders derselben, einen schweren Verlust erlitten. Fest ist seit dem Juli vorigen Jahres dirigierender Arzt Dr. Burchard, Assistent der praktische Arzt, Mundarzt und Geburshilfer Wicheriewicz, Chirurgengehilfe der Heilbriener Anders. Vorsitzender der Landesälteste R. Schönborn. — Über drei Viertel der beihiligen Kreise haben Kranke zur Verpflegung in die Anstalt geschickt, von den beihiligen Städten, deren Beitrag allerdings sehr gering, kaum $\frac{1}{4}$. 37 Kreise erhielten 3591 Verpflegungstage, 19 Städte 1032, so daß abgerundet auf den Kreis 100 Verpflegungstage, auf die Stadt 50 kommen. Aus den Kreisen wurden 119, aus den Städten 38 Kranke unentgeltlich verpflegt, d. h. sie erhielten neben ärztlicher Behandlung, Wohnung, Kost, Medicamente, Brüsten u. c. geliefert; 78 wurden gegen Zahlung verpflegt für 5—10 Sgr. pro Tag, in sehr vereinzelten Fällen bei Wohlführern zu Gunsten der Anstalt ein etwas höherer Satz. Auch bei Feststellung der Säye für zahlende Kranke wurde berücksichtigt, ob der Kreis resp. Stadt, möchte der jährliche Beitrag noch so gering sein, sich an der Anstalt beteiligte, so daß auch sogenannte zahlende Kranke seitens der Anstalt bedeutende Opfer gebracht wurden. — Die Einnahme betrug: 19.822 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf., die Ausgabe: 3753 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf., mithin bleibt Bestand: 16.068 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf. — Beiträge haben in den letzten Jahren gar nicht mehr gezahlt: die landräthlichen Amtmänner zu Brieg, Freistadt, Görlitz, Habelschwerdt und Rybnit; und die Magistrate zu Constadt, Friedberg a. O., Legnitz, Medzibor, Münsterberg, Pribus, Rothenburg, Rybnit, Gr. Strehlitz, Wanzen.

* * * [Stadttheater.] Am Montag, den 15. d. Mts. findet die erste Aufführung des neuesten Schauspiels von Friedrich Spielhagen: „Liebe für Liebe“ im Stadttheater durch die ersten Kräfte des Schauspiel-Personals statt. Die Hauptrollen des interessantesten Stücks sind in den Händen der Fräulein Bland und Doppel, sowie der Herren Knorr, Tomann und Raberg. Bei dem Umstände, daß das Stück hier zuerst — früher als im k. Schauspielhaus in Berlin — von allen deutschen Bühnen zur Aufführung gelangt und bei der großen Beliebtheit, deren sich der berühmte Roman-Schriftsteller in allen Kreisen unserer Stadt zu erfreuen hat, dürfte das Interesse unseres Publikums mit vollem Rechte für diese erste Aufführung in Anspruch genommen werden und eine außerordentlich rege Theilnahme desselben zu erwarten sein.

+ Auf der Siegertschen Eisbahn zwischen dem Ohlauerthore und der Taubenbrücke auf dem Stadtgraben fand gestern Nachmittag ein Schlittschuh-Corso statt, bei welchem das Musikkorps des Schlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 6 concertierte. Die fashionabile Welt beteiligte sich an diesem amüsanten Wintervergnügen in so großer Anzahl, daß es fast an Raum auf der weiten Eisfläche mangelte.

* [Siedl. 8.] Vorgestern feierte der hiesige Gabelsberger Stenographen-Verein den Geburtstag seines Meisters durch eine Soire, verbunden mit einem Festessen. Nach der exakten Ausführung der Titus-Ouverture hielt Hector Heidler die Festrede. Er stellte darin den Anwesenden die Vortheile der Stenographie klar vor Augen, wie nützbringend dieselbe nicht nur für das Nachschreiben, sondern auch für das gemeinsame Wohl sei und schloß mit einem Hoch auf die Männer Gabelsbergers. Nachdem noch die übrigen Nummern des sehr gut gewählten Programms erledigt waren, begab man sich zur Tafel, welche durch ernste und heitere Toaste gewürzt wurde. Darauf schloß sich ein Ländchen, welches die Vereinsgenossen und deren Gäste noch lange bis nach Mitternacht gemütlich beisammen hielten.

+ [Unglücksfall.] Der bei der Oberlehrschule Eisenbahn bedienstete Lokomotivführer Julius Kurpan überschritt gestern Nachmittag am Hubener-Weg das Bahngleis, um sich nach seiner auf der Flurstraße belegenen Wohnung zu begeben, wofür selbst er in seinem Pelze eingehüllt, das Herannehmen der Strehler-Rangiermaschine nicht bemerkte. Der Bedauernswerte wurde von den Bürgern der Lokomotive zu Boden gestoßen, und von den sogenannten Siederöhren erschossen, an welchen er ca. 30 Schritte weit auf dem Bahngleis fortgeschleift wurde. Glücklicherweise bemerkte der den Zug leitende Maschinenführer die Gefahr, in welcher der Unglückliche schwiebte, und gelang es demselben, die Maschine zum Halten zu bringen, und den an der Lokomotive hängenden aus seiner schrecklichen Lage zu befreien. Leider hat Kurpan hierbei so schwere Verlebungen erlitten, daß nach dem ärztlichen Auspruche sein Zustand ein sehr bejüngserregend ist.

+ [Schwere Körperverletzung.] Gestern Abend gegen 10 Uhr ging der former Schrepa mit seiner Ehefrau die Klosterstraße entlang, als plötzlich in der Nähe des Bambergischen Brüderklosters 6 Männer herbeisprangen, welche ohne jede Veranlassung die ruhig Dahinwandelnden mit dicken Stöcken zu Boden schlugen, und mit Messerstichen im Gesicht und Oberkörper verwundeten. Die bedauernswerte Frau, die außer einer schweren Kopfwunde auch noch 6 Stichwunden im Gesicht und an den Händen erlitten hat, liegt schwer stark darnieder. Ebenso ist ihr Mann von den Rückschwüngen schlimm zugerichtet worden. Zu bedauern bleibt nur, daß keiner der Gemüthandelten einen dieser Exzidenten gekannt hat, doch hat bereits

der betreffende Nebier-Commissionär in dieser Sache Karde erhalten, wodurch es möglich ist, die Schulden zu ermitteln.

+ [Poliz. 8.] Aus verschlossenem Wäschboden des Hauses Ohlauerstraße Nr. 34 wurde gestern einem dort wohnhaften Auctions-Commissionarius eine Anzahl mit V. R. und L. gezeichneten Bettwäsche; und ebenso aus einer Wohnung des Hauses Leberberg Nr. 3 eine Menge Bettwäsche von 45 Mark gestohlen. — Einem Privatdetektiv wurde gestern Abend auf der Ohlauerstraße in der Nähe des Christophoriplatzes von einer ihm begegnenden Frauensperson ein silberner vergoldester Chronometer mit solcher Geschwindigkeit aus der Westentasche entzogen, daß, ehe der Besitzer sie recht eigenlich zur Bezeichnung kam, die freche Diebin bereits in der Dunkelheit über den Platz hinaus das Weite geflüchtet hatte. Die Uhr hat einen Werth von 27 Mark.

** [Aus Hermendorf u. R.] schreibt man uns: „Heut den 12. c. früh

8 Uhr 9 Grad unter 0. — kein Wind, — Schlittenbahn jetzt vorzüglich, die

sie wurde gestern stark frequentirt, Besuch des Kynast's gestern lebhaft.

Bahn nach der Petersbaude.

○ Poppeln, bei Rybnit, 12. Februar. [Fasnacht.] Auch für die hiesige landwirtschaftliche Anstalt waren die Freuden der Fasnacht nicht ausgeschlossen. Am verlorenen Montage unternahm der Director des Instituts, Dr. Strehl mit den Lehrern und Zöglingen eine Schlittenpartie nach der Münzrei, bei Rybnit, begünstigt vom besten Wetter. Das schöne Fest ward besonders dadurch erhöht, daß die Herren Bürgermeister Fuchs, Kreis-Schulinspector Dr. Pollock und Apotheker Frize jun. aus Rybnit denselben bewohnten. In ungestörter Fröhlichkeit verließ der Nachmittag und die ersten Abendstunden, gewisst durch Laute, Gesang und Tanz, zu welch letztem von Zöglingen der Anstalt dem vorigen Flügelinstrument die nötigen Melodien entlockt wurden. Für das unentbehrliche Nach hatte Director Dr. Strehl in ausreichender Weise gesorgt. In der fröhlichsten Stimmung wurde nach 9 Uhr die Heimfahrt angetreten.

[Notizen aus der Provinz.] * Glogau. Das hiesige Schwurgericht sprach am 10. Februar gegen den 65 Jahre alten Korbmachermeister Aulph Hieber aus Guhrau wegen vorsätzlicher Ermordung seiner Chefan das Todesurteil aus.

† Sagan. Das „Wochenbl.“ meldet: Am Sonntag, Mittags gegen 1/2 Uhr, wurde das Fräulein Hermine Stedel in ihrem Bett liegend, mit auf der Brust gefalteten Händen und einer Schaumblase vor dem Munde, tot aufgefunden. Ein in dem Stubben sich bemerkbar machender Kohlen-dunstiger Geruch läßt darauf schließen, daß die Unglüdliche am Kohlen-dunst erstickt ist, obgleich gar keine Dentlappe angebracht war, jedoch ein an der Decke des Obers eine befindliches Loch bemerkbar worden ist. Sonderbarer Weise war ein kleiner Hund, welcher sich während der Nacht ebenfalls in demselben Stubben befunden, wohl und munter.

△ Liegnitz. Die hiesigen Blätter melden: Am 10. Nachmittags fuhr ein Knabe mit seinem Handklotzen von der Breslauer Straße an der Neponidbrücke bis auf das Eis der Kahnbach, brach dort gerade an der tiefsten Stelle (dem sogenannten Pferdeholze) ein und wäre unrettbar verloren gegeben, wenn nicht sofort ein Grenadier in das Wasser nachsprang, der den bereits untergeunkenen Knaben noch an den Haaren fassen und herausziehen konnte.

Hirschberg. Der „Vote“ erzählt: Die hiesige Gruner'sche Stadtbrauerei ist mit den dazu gehörenden beiden Häusern und der Felsenfeller-Anlage auf dem Cavalierberg von den Gruner'schen Erben an ihren Mitarbeitern, Herrn Hotelbesitzer und Kaufmann Oswald Heinrich, und an Herrn Kaufmann Oskar König hier selbst verlaufen worden. — Gestern wurde in Seifershau der 24 Jahre alte Arbeiter Neumann beim Holzfällen erschlagen.

— Von Seiten des hiesigen Bataillons wird mit Genehmigung des Regiments zur Freimachung der Eisenbahn von den fort und fort sich mehrenden Schneemassen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und 8 Mannschaften, gestellt. Dasselbe fuhr früh mit dem ersten Buge nach Dittersbach und lehrt Abends von dort wieder zurück. In dieser Art findet die Hilfsleistung täglich ihre Fortsetzung, so lange die Notwendigkeit dazu vorliegt. — Mit kurzen Unterbrechungen dauert das Schneewetter fort, jedoch hat das Schneetreiben nachgelassen. Die Schlittenbahnen wiederum ein Commando, bestehend aus 1 Feldwebel, 3 Unteroffizieren und

tung haben solle. Demnach darf an silbernen Fünf-Francsstück ausprägen: Frankreich 60 Millionen Francs, Italien 40 Millionen Francs, Belgien 12 Millionen Francs und die Schweiz 8 Millionen Francs. Überdies wurde Italien das Zugeständnis gemacht, daß es zur Einführung alter italienische Geldsorten für Decimalgeld eventuell weitere 40 Millionen Francs prägen darf. In Folge dessen wurde der weitere Besluß gefaßt, daß diese Möglichkeit einer Münzprägung von $\frac{1}{4}$ über den Betrag von 1874 auch den übrigen drei Staaten zu wahren sei, so daß Frankreich 75 Millionen Francs, Italien 50 Millionen Francs, die Schweiz 10 Millionen Francs und Belgien 15 Millionen Francs ausprägen dürfen.

Southampton, 11. Februar. Der Postdampfer „Köln“ vom norddeutschen Lloyd ist heute hier eingetroffen.

[Das der Adler-Linie in Hamburg gehörende Post-Dampfschiff „Lestling“], Capitän Toosby, trat am 11. Februar seine erste diesjährige Reise mit Passagieren, Post und Ladung von Hamburg direct ohne Zwischen-häfen anzulaufen nach Newport an.

Eisenbahnen und Telegraphen.

Berlin, 11. Februar. [Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Gesellschaft.] In der gestern stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrathes der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft, in welcher die befaßte Vorlage der Direction zur Beratung stand, wurden definitive Beschlüsse nicht gefaßt, vielmehr entschied der Verwaltungsrath sich dafür, die ganze Frage einer besonderen, aus Mitgliedern der Direction und des Verwaltungsrathes zusammengesetzten Commission zu nochmaliger eingehender Beratung und demnächst Berichterstattung zu überweisen und erst auf Grund der Ausführungen dieser Commission eine endgültige Entscheidung zu treffen. Die Direction ihrerseits hat sich bereit erklärt, ihre Forderungen auf das niedrigste Maß, welches überhaupt zulässig erscheint, zu reduciren.

[Eisenbahnproject.] Am 9. d. M. fand in Nalek eine Versammlung des ständigen Eisenbahn-Comites, so wie einer größeren Anzahl von Interessenten der anliegenden Kreise statt, um über die baldige Ausführung der projectirten Eisenbahn von Gnesen über Nalek nach Konitz, im Anschluß an die Oels-Gnesener Eisenbahn zu berathen. Man erklärte sich zu größeren Opfern bereit und wurde beschlossen, dem Herrn Handelsminister umgehend die gefertigten Vorarbeiten zu überreichen, mit der Bitte, dieselben einer technischen Revision unterziehen zu lassen und sich dahin zu äußern, an welche speziellen Bedingungen er eventl. die Ertheilung der Bau-Concession knüpfen würde.

[Lemberg-Czernowitzer Bahngesellschaft.] Die Gesellschaft der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn soll demnächst wieder in die autonome Verwaltung des Lemberg-Czernowitzer Bahnlörpers treten. Wie uns nämlich mitgetheilt wird, beabsichtigt der Sequester der österreichischen Linie eine außerordentliche Generalversammlung der Actionäre für einen Tag des künftigen Monats auszuschreiben. Es soll der Generalversammlung angehängt werden, die Art der künftigen Bahnhaltung zu bestimmen, sowie über die erforderlich gewordene Geldbeschaffung Besluß zu fassen. Das letztere scheint dem auch das Hauptmotiv für die Einberufung der Versammlung zu sein, der übrigens bekanntlich vor Längerem die Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes von Seite des Sequesters vorangegangen ist.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

...r. Poln.-Lissa, 11. Februar. [Bur. Tageschronik.] Die Angelegenheit wegen Errichtung eines Siegesdenkmals schreitet ihrer Verwirklichung näher. Die Sammlungen haben gegen 4,000 Mark ergeben und eine Exekutivcommission von 10 Mitgliedern, deren Wahl in der nächsten Comitesitzung erfolgen soll, wird zur Ausführung des Denkmals nunmehr in größter Eile schreiten. Unter dem Vorj. des Herrn Provinzial-Schul-Raths, Dr. Polte, fand gestern beim hiesigen königlichen Gymnasium die Abiturientenprüfung statt. Derfelben hatten sich 6 Ober-Primaier unterzogen, welche sämtlich das Reifezeugnis für die Universität-Studien erhielten. Der mündlichen Prüfung wurden 2 Schüler entbunden. — Die Einrichtung einer städtischen Schulanstalt mit simultanem Charakter erscheint wieder auf der Tagesordnung; die gewählten Repräsentanten der evangelischen und katholischen Schul-Societäten sollen vom Staats-Commissionär, Herrn Bürgermeister Hermann, gehört werden. Die Stimmung derselben soll jetzt dem Proekte eine günstigere sein. Die jüdische Schulgenossenschaft war dem Vorhaben stets zugeneigt. Die finanziellen Schwierigkeiten drohen jedoch dem Proekte, und die Behebung derselben könnte am Besten durch Intervention der königlichen Regierung erfolgen. Wenn der einzelnen Societät nicht zu große Opfer zugemutet würden, so wäre an einem baldigen Gelingen der bedeutungsvollen Einrichtung nicht zu zweifeln. Soll sie ja doch dazu dienen, den ledigen confessionellen Hader im jugendlichen Geiste schon im Keime zu erstden. — Die renommierte Thomas'sche Theatergesellschaft aus Schleier hat ihren Thespiskarren bei uns aufgeschlagen; auch der Blumenfeld'sche Circus, der sich nächste Woche auf Brod und Spiele. — Am 9. d. fand in Woltershüm ein von den vereinigten Vorständen des Bürger- und geselligen Vereins veranstalteter Costume-Ball unter zahlreicher Beteiligung von Gästen statt. Die Carnavals-Freunde wurde durch vielen äußerer Glanz erhöht. Und doch so viele Klagen über die Noth schlechter Zeiten und die Höhe der Abgaben!

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 12. Februar. Abgeordnetenhaus. Bennigsen theilt den gestern in Frankfurt erfolgten Tod Lavigny's mit. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Todten. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin. Riepert ist gegen die Vorlage, weil eine finanzielle Nebverbürdung des Potsdamer Kreises zu befürchten sei. Richter (Hagen) ist für das Prinzip der Vorlage und gegen die Weisheit der Verwaltungsbehörden. Benda ist für Ausscheidung Berlin aus der Provinz Brandenburg und gegen die Verschmelzung der Landkreise mit Berlin. Regierungs-Commissionar Persius empfiehlt die in Folge früherer Resolutionen des Hauses eingebrachte Vorlage, stützt die einzelnen Theile des Entwurfs, und befürwortet die unveränderte Annahme derselben. Richter (Sangerhausen) spricht für Verschmelzung der Stadt mit dem Landkreis. Debateschluß. Die Vorlage wird an die Commission für Organisations-Gesetze verwiesen. Zum Wort für die Vorlage waren auch Zelle und Runge (Berliner Abgeordnete und Stadträthe) gemeldet. Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Dotation der Provinzial- und Kreisverbände. Riepert ist gegen die Vorlage, weil der Dotationsfond zu gering bemessen sei. Die gute Finanzlage des Landes lasse eine reichliche Dotirung zu. Stenzel theilt Riepert's Bedenken, wünscht aber nicht eine Dotationserhöhung, sondern eine einmalige Vergütung. Saucken-Tarpischen besorgt, die Provinzen würden mit dem Gesetz ein schlechtes Geschäft machen und verlangt eine Steuer für die Provinzen, ohne solche sei das Gesetz unannehmbar. Der Handelsminister hebt hervor, die Regierung wolle durch das Gesetz das Selbstverwaltungsprinzip in's Leben überführen. Die Geschäftsfrau sei für die Regierung nicht maßgebend; der Statat beweise, daß die Dotation für den Chaussee-Neubau nicht zu niedrig bemessen sei. Benda beansprucht, falls der Zustand der Chausseen sich mangelhaft erweise, eine Capitalbewilligung von 20 Millionen. Der Landwirtschafts-Minister widerlegt die Behauptung, daß die Provinzen betreffs Meliorationen zu wenig dotirt seien; größere Meliorationen würden überhaupt in Staats-händen bleiben. Einige Irrthimer könnten jährlich im Statat corrigit werden. Der Finanzminister widerlegt gleichfalls an der Hand des Statat die vorgebrachten Einwendungen und hofft auf ein gedeihliches Resultat der Beratungen. Nach einigen weiteren Bemängelungen durch Witt findet die Schluss-Debatte statt. Der Lasker'sche Antrag, die Provinzialordnung, die Gesetze über Verwaltungs-Gerichte und die Provinz Berlin an eine einundzwanziggliedige Commission, verstärkt durch 7 technische Hausmitglieder für beide leitgenannte Gesetze, zu verweisen und das Dotationsgesetz einer besonderen einundzwanzig-

gliedigen Commission zuzuhören, wird angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Rom, 11. Februar. Ein Schreiben des Justizministers an den Generalprocurator des römischen Appellhofes zur Befestigung der Zweifel über die Absichten der Regierung bezüglich der die Gesetze auf der Kanzel oder anderweitig besonders in Rom verlegenden Geistlichen, bestätigt wiederholt die abgegebenen Erklärungen, daß die Regierung, trotz die Kirchenfreiheit achtend, ebenso entschlossen ist, keinerlei Missbrauch oder Gesetzesverlezung zu dulden. Die Unverlässlichkeit des Papstes wegen seiner Art sie immer seien, die anerkannte Freiheit, an den Kirchenthoren seine geistlichen Amtsacte zu öffnen, schließen nicht die Verantwortlichkeit der diese Kundgebungen im Wege der Presse oder anderweitig Reproducirenden aus, wenn dadurch die Institutionen und Gesetze des Staates beleidigt werden. Die Staatsanwaltschaft müsse über die Ausführung des Artikel 17 des Garantiegesetzes wachen, welcher den den Staatsgesetzen entgegelaufenen Acten der Kirchenbehörden die Gültigkeit abspricht. Der Justizminister lädt die öffentlichen Sicherheitsorgane ein, die Reden des Clerus zu überwachen, und strafbare Reden anzugeben.

Southampton, 11. Februar. Die unter Leitung des Dr. Schuster stehende englische Expedition zur Beobachtung der Sonnenfinsternis ist heute abgegangen. Von den Behörden in Indien und Siam werden Beobachtungsstationen hergerichtet.

(Q. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 12. Februar. Nach Schluß der gestrigen Kammeröffnung fand eine geheime Sitzung der beiden Centren statt, in welcher eine Verschlußung der beiden Gruppen stattgefunden. Die Senatoren werden jedenfalls erst im zweiten Wahlgange gewählt werden.

Frankfurt a. M., 12. Februar. Die Versammlung von Actionären der Wechslerbank wählte ein Comite zur weiteren Agitation, um dem Antrage auf Auflösung in der Generalversammlung Annahme zu verschaffen.

Wien, 12. Februar. Die Creditanstalt hält ihre diesjährige Generalversammlung am 31. März ab.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Versailles, 12. Februar. Nationalversammlung. Zweite Lesung des Senatsgesetzes. Lefevre erklärt, die constitutionelle Commission habe kein Interesse, an der Debatte theilzunehmen, sie behalte sich aber vor, geeigneten Fällen einzugreifen. Der Vice-Ministerpräsident erklärt, Mac Mahon wisse das Cabinet an, sich in die Beratung nicht einzumischen. Das Cabinet halte sich aber zu der Erklärung verpflichtet, daß der gestrige Besluß zu einer Senatsbildung führen würde, welche die conservativen Interessen schädige. Er gebe diese Erklärung ab, bevor ein definitiver Besluß gefaßt werde.

Versailles, 12. Februar. Nationalversammlung. Das Bardour'sche Amendement wurdetheilweise angenommen mit 342 gegen 322 Stimmen; nach demselben wählt jedes Departement mittelst Listenabstimmung 3 Senatoren. Das passive Wahlrecht ist ein beschränktes, bedingtes. Hierauf wurde der ganze erste Artikel des Senatsgesetzes, bestehend aus dem gestrigen Duprat'schen und dem heutigen Bardour'schen Amendement, mit 380 gegen 352 Stimmen angenommen.

Wien, 12. Februar. Bitto ist angelangt und hat die Demission des Gesamtministeriums dem Kaiser überreicht. Bitto, Ghyczy acceptirtend, nimmt kein Portefeuille, weil Tisza gestern die Steuerhöhung zurückwies, hält aber die Gewinnung Tisza's für den Ausgleich wichtiger, als die Art der Deficitbedeckung. Tisza's Ministerschaft ist sicher; seine Verbindung mit Sennhey und Lonyay wird sehr viel verhorrest. Bitto schlägt keinen Nachfolger vor.

(Tel. Priv.-Dep. d. Bresl. Ztg.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 12. Februar, 11 Uhr 50 Minuten. [Anfangs-Course.] Credit-Aktion 397, 50. Staatsbahn 525, 50. Lombarden 236, —. Rumäniens 25. Dortmund 25, —. Laura 25, —. Discoato-commandit 25, —. 1860er Loose 25, —. Schwab.

Berlin, 12. Februar, 12 Uhr — Min. [Anfangs-Course.] Credits-Aktion 397, 50. Staatsbahn 526, 50. Lombarden 237, 50. Rumäniens 34, 80. Dortmund 29, —. Laura 117, 25. Disconto 157, 25. — Schwankend.

Berlin, 12. Februar, 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Aktion 398, —. 1860er Loose 115, 50. Staatsbahn 528, —. Lombarden 238, —. Italiener 69, 20. Amerikaner 98, 70. Rumäniens 35, —. 5 proc.

Berlin, 12. Februar. [Schluß-Course.] Schwab.

Berlin, 12. Februar, 2 Uhr 20 Minuten.

Cours vom 12. 11. Cours vom 12. 11. Cours vom 12. 11.

Dest. Credit-Aktion 399, — 399, 50 Bresl. Mall.-B.-B. 87, — 87, — Dest. Staatsbahn 527, 50 527, 50 Laurahütte 118, — 118, —

Lombarden 239, 50 237, 50 Ob.-S. Eisenbahn 50, — 51, —

Schles. Bankverein 104, 90 105, 25 Wien kurz 182, 65 182, 65

Bresl. Disconto-bank 82, 50 82, 25 Wien 2 Montg. 181, 65 181, 65

Schles. Vereinsbank 91, 25 91, 25 Warschau 8 Tage 233, 50 233, 90

Bresl. Wechslerbank 74, 90 75, 30 Destr. Noten 183, — 182, 90

do. Pr.-Wechslerb. 69, — 69, — Russ. Noten 233, 60 233, 80

do. Mallerbank 76, 60 76, 60 Russ. Noten 233, 60 233, 80

Zweite Depesche, 3 Uhr — Min.

1/2 proc. preuß. Akl. 105, 75 105, 75 Köln-Mindener 108, 30 108, 50

3/4 proc. Staatschuld 91, 90 92, — Galizier 107, — 107, 25

Poener Pfandbrie 95, 20 95, 20 Ostdeutsche Bank 76, — 77, 25

Destr. Silberrente 69, 40 69, 50 Disconto-Comm. 158, 60 159, 75

Destr. Papierrente 64, 70 64, 70 Darmstädter Credit 142, 10 143, —

Ürl. 5% 1865 Akl. 43, 75 43, 70 Darmstädter Union 29, 25 29, 30

Königl. Pfandbrie 69, 10 68, 90 Kramfia 89, 75 89, 75

Poln. Lig.-Pfandbr. 70, 70 70, 80 London lang — — 20, 35

Rum. Gli.-Obligat. 35, 20 35, 20 Paris kurz — — 81, 50

Obersch. Litt. A. 141, 75 142, 50 Moritzhütte 40, — 40, —

Breslau-Freiburg. 91, 25 92, — Waggonfabrik Linke 49, — 48, 50

R.-D.-U.-St.-Act. 110, — 110, 50 Oppelner Cement. 30, — 30, —

R.-D.-U.-St.-Pr. 111, 50 111, 60 Ber. Br.-Oelfabriken 56, 25 56, 25

Berlin-Görlitzer 68, — 68, 50 Schles. Centralbank 59, 40 59, 40

Berg.-Märkische 79, 25 79, 25 Schles. Neubau 59, 40 59, 40

Nachbörse Creditacion 400, — Staatsbahn 528, — Lombarden 240, —

Disconto 158, — Laura 25, — Destr. Noten 183, 20

Bei mäßigem Geschäft schwach einsetzend, schließlich besser, Lombarden höher, Bahnen belebter, teilweise fester, Banfen und Industriewerthe gut behauptet, Anlagen und Loospapiere beliebt. Geld sehr flüssig. Discont 2%.

Frankfurt a. M., 12. Februar, 1 Uhr 45 Min. [Anfangs-Course.] Creditacion 198, 50. Staatsbahn 263, 25. Lombarden 118, 50. Galizier —

Silberrente —. Papierrente —. 1860er Loose —. Schwab.

Frankfurt a. M., 12. Februar, Nachmitt. 3 U. 8 M. [Schluß-Course.] Destr. Credit 199%. Franzosen 264, 25. Lombarden 119, —. Nordwest 137,

Westbahn 170, —. Elisabeth 168, 75. Galizier 213, 75. Nordwest 137, 50. Silberrente 69%. Papierrente 64%. 1860er Loose 115. 1864er Loose

308. Amerik. 1882 98%. Russ. 1872 101%. Russ. Bodencredit 91 1/2%

Darmstädter 142%. Meininger 90%. Frankfurter Bankverein 80%. do.

Wieden 142%. Hahn'sche Effectenbank 112, 75. Destr.-deutsche Bank 84%.

Schles. Vereinsbank —. Schluss fest.

Wien, 12. Februar. [Schluß-Course.] Besser.

12. 11. 12. 11. Staats-Eisenbahn- 12. 11.

Rente 70, 85 75, 75 70, 90 75, 85 Aktien-Certificate 290, 50 290, 50

National-Anlehen 75, 75 7

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit Herrn Kreisrichter Stock in Darkenzen zeigen wir ergebenst an. [634] G. Neumersdorf, 10. Februar 1875. Frhr. v. Lyncker und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Martha v. Lyncker, Tochter des Freiherrn v. Lyncker auf Nemmersdorf, zeige ich ergebenst an. Darkenzen, 10. Februar 1875, Stock, Kreisrichter.

Die Verlobung mit Fräulein Martha v. Lyncker ist für aufgehoben. Königshütte. Jacob Lustig.

Statt besonderer Meldung. Heute früh beschenkt mich meine geliebte Frau, Natalie, geb. Hirsch, mit einem neuen, kräftigen Kanben, was ich lieben Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besonderer Meldung ergebenst anzeigen. Gleiwitz, d. 12. Februar 1875. Dr. D. Hiller.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau Bertha, geb. Marcus von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden. Landeshut, den 11. Februar 1875. Joseph Preuer.

Heute Nachmittag starb nach kurzen Leiden im Alter von 10 Monaten 25 Tagen unser geliebtes Lüderchen Elisabeth. Breslau, den 12. Februar 1875. Apotheker J. Krause und Frau.

Todes-Anzeige. Gestern starb an Bauchfell-Entzündung nach einer überstandenen Operation in der Klinik zu Breslau mein guter, braves Dienstmädchen. [1644]

Anna Rosina Schelde. Durch 25 Jahre hindurch hat dieselbe mir und den Meinigen mit Treue und Fleiß gedient und sich durch diese seltenen Eigenschaften unsere Liebe und die wohlverdiente Achtung aller, die sie kannten, erworben. Unsere Herzen werden ihr ein ehrenvolles Andenken stets bewahren. Friede ihren Asche! Al-Kreidt, 11. Februar 1875.

verw. Emilie Urban, geb. Beck, im Namen der ganzen Familie.

Familien-Nachrichten. Verlobungen. Dr. Appell-Ger. Referendar Hajselbach mit Dr. Margaretha Seidloff in Magdeburg. Optm. und Comp.-Chef im 1. Bomm. Gren.-Regt. Nr. 2 dr. v. Letton-Borbeck mit Dr. Marie v. Wegner in Bromberg.

Geburten: Ein Sohn; dem Pr-Lient. im 4. Garde Gren.-Regt. Königin Hrn. Braumüller in Coblenz, dem Drn. Justizrat Fleck in Conitz, dem Regierungs- und Oberpräsidial-Rath Hrn. Steinmann in Magdeburg. Eine Tochter; dem Optm. u. Comp.-Chef im Bomm. Fuß.-Regt. Nr. 34 Hrn. v. Wendt in Stettin, dem Gymn.-Lehrer Hrn. Röttig in Bremenslau.

To desfalls: Bervo. Frau Regier. Präsident von Byern in Mersburg. Frau Divisions-Pfarrer Hoffmann in Trier.

Stadt-Theater. Sonnabend, den 13. Februar. Achtes und letztes Gespiel des Königlichen Kammerjägers Hrn. Theodor Wachtel: "Der Postillon von Lonjumeau." Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen der Herren Leuven und Brunswick von M. G. Friedrich. Musik von A. Adam. (Chapelon, Herr Theodor Wachtel.)

Sonntag, den 14. Februar. Zum 4. Male: "Im Traum." Komödie in 2 Akten von W. Anthony. Hierauf: "Belmonte und Constance", oder: "Die Entführung aus dem Serail." Oper in 2 Akten. Musik von Mozart.

Dinsdag, den 16. Februar. Abschieds-Vorstellung des Königlichen Kammerjägers Hrn. Theodor Wachtel. Auf Verlangen: "Die weiße Frau im Schlosse Avenel." Oper in 3 Akten nach Scribe. Musik von Boieldieu. (George Brown, Herr Theodor Wachtel.)

Thalia - Theater. Sonntag, den 14. Februar. "Der Postillon von Münchenberg." Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jacobson und Lindecker. Musik von Contrai. [2484]

Lobe - Theater. Sonnabend und die folgenden Tage: "Die Fledermaus." [2485]

Dem Herrn Dr. Kiedrowski von hier stelle ich hiermit meinen öffentlichen herzlichsten Dank für die außerordentliche ärztliche Pflege und künstliche schnelle Heilung eines sehr gefährlichen Beinbruchs bei meinem jährligen Mädchen ab. Möge Gott demselben seine Menschenliebe reichlich belohnen. Kempen, den 11. Februar 1875.

Salomon Goldmann.

Bandwurm entfernt (mit Kopf) in 2 Stunden [1569] Olschaz, Grünstr. 21, part.

Verein für class. Musik.

Sonnabend, d. 13. Februar 1875.
Schubert, Quartettsatz (C-moll), comp. 1820.
Schubert, Clavier-Tr. o., op. 100, Es-dur.
Beethoven, Streichquartett, op. 18, Nr. 1, F-dur, [2482]

Selt-Garten. Heute Sonnabend, den 13. Februar: **Großes Concert** des Mu'sikdirectors Herrn A. Kuschel. Zur Aufführung gelangt: "Dorfmusikanten", musikalischer Spass von W. A. Mozart (im Costume). Aufreten der Chansonnier-Sängerin Miss Lillie Alliston.

Im Tunnel: Concert der Leipziger Quartett- u. Couplet-Sänger Herren Heinig, Eyle, Schäfleher, Gipner, Selow und Hanke. Anfang 7½ Uhr. [2330]

Entre à Person 30 Pf.

Breslauer Actien-Bier-Brauerei.

Großes Abschieds-Concert der Leipziger Couplet-Sänger Herren Mes, Neumann, Fischer, Schreyer, Hoffmann, unter Mitwirkung der Kapelle des Herrn F. Langer. [2497]

Anfang 7 Uhr.

Entre: Herren à 3 Sgr.

Damen und Kinder à 2½ Sgr.

Jeden Sonnabend

Wurstabendbrot und Flügelunterhaltung.

Das neue Marmorbillard zur Benutzung anempfehlend. [1646]

G. Linke, Restaurateur.

Werderstraße Nr. 2.

Stadt. (alte) Ressource.

Sonnabend den 13. Februar 1875.

Ball

im Hotel de Silésie.

Eintrittskarten bei dem Herrn Gebr. Strauß Schweidnitzerstr. 7 und Herrn W. Wartenberger Schweidnitzerstr. 37, unter bekannten Bedingungen zu haben. [2476]

Nicht zu übersehen!

Der Schlossgeselle Joseph Scheitbauer aus Bleischwitz, Kreis Leobschütz, wird dringend ersucht, sich bei seiner Mutter wegen wichtiger Angelegenheit schriftlich zu melden.

Die Herren Meister, welche etwa Kenntnis von dem p. Scheitbauer haben, werden ersucht, von dieser Anzeige ihm mitzutheilen. [625]

Humboldt - Verein

für Volksbildung. [2477]

Sonntag, den 14. Februar, Morgens

11 Uhr, im Musisaale der Universität, Herr Stadtphysikus Dr. med. Hirt:

Über Geheimmittel.

Eintritt frei.

Königliche Hof-Musikalien-, Buch- & Kunst-Handlung

von Julius Hainauer,

Schweidnitzerstraße No. 52.

Leih-Bibliothek

für deutsche, franz. u. engl. Literatur

von Julius Hainauer.

Musikalien-Leih-Institut

von Julius Hainauer.

Journal-Lese-Zirkel.

Abonnements zu den billigsten Bedingungen von jedem Tage ab.

Cataloge teilweise. Prospekte gratis.

Visitenkarten

in ganz neuen Schriften, auf den feinsten Carton werden aufs Schleunigste angefertigt.

Die Papier-Handlung

F. Schröder,

Albrechtsstraße 41.

Zwei Reitpferde

find in Rawicz beim Oberst Seelmann zu verkaufen. [623]

Gottesdienst der freien evangel. Kirche Deutschlands.

Sonntag Vormittag 10 Uhr, Ring 24. Freier Zutritt. [1656]

Schubert, Clavier-Tr. o., op. 100,

Es-dur.

Beethoven, Streichquartett, op. 18, Nr. 1, F-dur, [2482]

Am Freiburger Bahnhofe.

Königlich Niederländischer

Circus Oscar Carré.

Heute Sonnabend, den 13. Februar, Abends 7 Uhr:

Große außergewöhnliche Gala-Vorstellung

zum Benefiz für die Gebr. Price.

H. A.: Neue komisch-gymnastische Entrées und Intermezzos von den Beneficiant. Dieselben werden Gelegenheit haben, sich in viermaligen verschiedenen Nummern zu producieren. Nur 1 Mal (mit besonderer Begünstigung für die Beneficiant): Director Oscar Carré in seinen vorzülichen Jongleurkünsten zu Pierde. Zum 1. Male: Die vierfache hohe Schule, gerichtet vom Director Oscar Carré, Herrn Adolf Carré, Herrn Hermann Hüttemann und Parish.

Vorführung der 10 Trallehner Hengste durch den Director Oscar Carré.

Der verliebte Barbier, oder: Du sollst und mußt lachen, komische Pantomime, in welcher die Beneficiant. die Hauptrollen inne haben.

Zum 1. Male nach längerer Krankheit: Der englische Jockey, auf ungesatteltem Pferde, dargestellt von Mr. Aug. Kremsner,

Aufreten der preisgekrönte Familie Nagels w.

Die ausgewählten Nummern des Programms werden diese Vorstellung zu einer der brillantesten der Saison gestalten und werden wir im Verein mit dem Herrn Director Carré und sämtlichen ersten Künstlern Alles aufstellen, um den uns Beherbenden einen recht genügsamen Abend zu verschaffen. Uns einem geneigten Wohlwollen bestens empfiehlt.

Gebr. F. & A. Price.

Sonntag, den 14. Februar, 2 Extra-Vorstellungen um 4 und

7 Uhr; in jeder derselben anderes Programm. [2487]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Das Waarenlager der H. Feder'schen Concurs-Masse wird von heute ab, im bisherigen Geschäftslökle Kupferschmiede-straße 39, sowohl im Einzelnen als auch im Posten ausverkauft.

Oscar Kattge's Bierhaus,
63a. Nicolaistraße 63a.
im Hôtel „Lohengrin.“

Eröffnung

Sonntag, den 14. Februar,

Vormittags 11 Uhr. [H. 2488]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Trewendt's

Jugend - Bibliothek.

Erzählungen für die Jugend

von

Richard Baron, Franz Hoffmann,

H. Hoffmann, Julius Hoffmann,

Wilhelm Hoffmann, Gust. Riedel,

Julius Schiller, G. Mensch,

G. Tschache.

Ein Vermögen von vielleicht 5000 Thaler wäre erwünscht, jedoch steht Herzogsgüte oben.

Selbiger ist 27 Jahre alt, evangelisch und von nicht unangenehmem Aussehen.

Nur ganz ernst gemeinte Anträge finden unter Zusicherung strengster Discretion sofortige Beantwortung.

Offerten erbeten sub E. B. 43 an die Exped. der Breslauer Zeitung.

Compagnon - Gesuch.

Zur Übernahme und Vergrößerung einer schon ca. 15 Jahre in einer grossen Provinzialstadt Schlesiens bestehenden und mit gutem Erfolg betriebenen [2489]

Stabellen- u. Eisenwarenhandlung, verbunden mit neuerbautem kl. Fabrikat, wird ein thätiger, soilder junger Mann (Eisenhändler oder Techniker) mit einer baaren Einlage von 18 bis 30 Mille Mark gesucht. Offerten sub Chiffre D.

[1079] sind an die Annونces-Expedition von Rudolf Mosse, Breslau, zu richten, worauf Näheres erfolgt.

5000 Thaler

werden gesucht zur 1. Stelle auf ein Land-Grundstück, ½ Meile von Breslau. Selbst-Darleiber wollen Ihre Adressen unter Nr. 66 in den Brief der Bresl. Ztg. niederlegen. [1654]

Offiziere

und hohe Beamte erhalten unter folgenden Bedingungen, streng discret

Darlehen in jeder Höhe. Postlagernd O. P. 100. [1650]

Geld in grossen und kleinen Summen gegen Sicherheit zu haben: A. v. R. 10 postlagernd.

General-Agenturen

von Versicherungs-Anstalten werden von einem in diesem Fach bewanderten jungen Kaufmann zu übernehmen gefunden. Beste Referenzen vorhanden.

Offerten erbitten unter R. N. 64

Briefkasten der Bresl. Ztg.

Ein erstes Hamburger Cigarren-Import-Geschäft sucht einen tüchtigen Vertreter am bietigen Platze, namentlich für Privat-Kundschaft.

Referenzen erforderlich. [1655]

Adressen erbitten unter P. 67 die Expedition der Breslauer Zeitung.

Geschäfts-Verkauf.

In einer der größten Garnisonstädt Schlesiens ist auf der lebhaftesten Hauptstraße ein seit vielen Jahren mit gutem Erfolg betriebenes Specerei-, Farben-, Drogen- und Polsterwaaren-

Geschäft unter äußerst günstigen Bedingungen baldigst zu verkaufen. Offerten

sub E. 1080 beförd. Rudolf

Mosse, Breslau. [2943]

Das Pädagogium in Lähn bei

Bekanntmachung. [159]

Auf dem Grundstück Band VII, Blatt 337 des Grundbuchs der Nikolaivorstadt haben Abtheilung III, Nr. 24 Siebenausend Siebenhundert Sechzehn Thaler Sieben Silbergroschen als Rest von 8000 Thlr. laut Kaufvertrag und Schuldurkunde vom 21. Juli 1868 von dem Gutsbesitzer Wilhelm Müller zu Camöse schuldigen Kaufgelder und Darlehen für den Kaufmann Gustav Kohl zu Breslau nebst 5% Zinsen vom 1. Oktober 1868 gehaftet, eingetragen zu Folge Verfügung vom 27. Juli 1868, wovon ein Betrag von Sechstausend Thalern nebst Zinsen seit dem 5. Februar 1873 mit dem Vorzugsschreit vor dem Überrest durch Cession vom 5. Februar 1873 an die Preußische Boden-Creditanstalt zu Berlin gelebt und die Cession vom 12. Februar 1873 im Grundbuche vermerkt worden ist.

Bei der nothwendigen Subhaftstation des Grundstücks ist diese Forderung an Capital und Zinsen mit Achtzehntausend Achthundert Drei Mark 65 Pfennige vollständig zur Hebung gekommen und baar zu einer Special-Masse genommen, weil das Instrument von der Preußischen Boden-Credit-Gesellschaft zu Berlin nicht vorgelegt worden ist.

Der Massen zum Curator ernannte Rechtsanwalt Weiß hat das Aufgebot dieser Masse verlangt. In Folge dessen ergibt die Aufforderung an alle diejenigen, welche an dieselbe Ansprüche machen wollen, sich bei dem unterzeichneten Subhaftations-Richter spätestens

am 19. April 1875,

Mittags 12 Uhr, im Zimmer Nr. 21 des Stadt-Gerichtsgebäudes bei Vermeidung der Präclusion zu melden.

Breslau, den 8. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht.
Der Subhaftations-Richter.
gez. Fürst.

Bekanntmachung. [160]

Zu dem Concurre über das Vermögen des Geldschrankfabrikanten Robert Kneis Jr. hierelbst haben die Kaufleute Heimann Münzer und Abraham Bial hierelbst eine, bei der Subhaftation von Nr. 13 Schieferwerder ausgefallene, rückständige Kaufgelderforderung von 2000 Thlr. ohne Vorrecht nachträglich angemeldet.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 26. Februar 1875, Vormittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Breslau, den 5. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. I. Abth.

Commissar des Concurses.

Fürst.

Bekanntmachung. [161]

In unser Firmen-Register ist Nr. 3889 die Firma Samuel Guttmann und als deren Inhaber der Kaufmann Samuel Guttmann hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 8. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [162]

In unser Firmen-Register ist Nr. 3890 die Firma F. Biehl

und als deren Inhaber der Kaufmann Franz Biehl hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 8. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [163]

In unser Firmen-Register ist Nr. 3891 die Firma Tidtor Spis

und als deren Inhaber der Kaufmann Tidtor Spis hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [164]

In unser Gesellschafts-Register ist Nr. 1204 die von

1) dem Kaufmann Wilhelm Nyba zu Breslau,

2) dem Kaufmann Simon Grünfeld daselbst, am 1. Januar 1875 hier unter der Firma Nyba & Co.

errichtete offene Handelsgesellschaft heute eingetragen worden.

Breslau, den 8. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [165]

In unser Gesellschafts-Register ist Nr. 1205 die von

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [166]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [167]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [168]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [169]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [170]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [171]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [172]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [173]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [174]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [175]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [176]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [177]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [178]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [179]

In unser Gesellschafts-Register ist

1) dem früheren Restaurateur Julius Thiels zu Breslau,

2) dem ehemaligen Bäder-Eduard Tenschert daselbst am 4. Februar 1875 hier unter der Firma Tenschert & Thiels

errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.

Breslau, den 9. Februar 1875.



Elastische Stempel
J.E. FRIEDEMANN
BRESLAU.

Glast. und auch Gummi-
stempel gen., z. Benutzung auf
Papier, Holz, Zieg, Leder, Glas usw.
in belieb. Farbe, à 2½—3 Thlr.—
Zeichen, Zahlen, Buchstaben usw. Signatur-
und Cigarrenbränden vorräthig.
J. E. Friedemann, Breslau,
[2421] Gräbsnerstraße 26.

Wiener Bündhölzer

von A. M. Pollat in Wien
empfing in allen Packungen im vor-
züglicher Qualität, in Grüns à 1, 1½,
und in großen Schachteln à 3½, 5,
6 und 10 Sgr. [2478]

Cigarrenzünder,

als:
Bleamlt-Zünder,
à Schachtel 1½ Sgr., 12 Sch. 14 Sgr.,
Belzebub-Zünder,
à Schachtel 1 Sgr., à Dyd. 10 Sgr.

Echt schwedische

Bündhölzer
in bester Ware, à Pack 2½ Sgr.,
bei 10 Pack mit 2 Sgr.

Braune, sowie Metall-
Schwefelhölzer,
à Pack 1 u. 1½ Sgr.,
bei größerer Entnahme billiger.

S. G. Schwartz,
Oblauerstraße 21.

Stellen-Angebieten und Gesuche.

Insertionspreis 15 Mrpf. die Zeile.

Zum 1. April
wird ein gebildetes Mädchen aus an-
ständiger Familie, evangelisch, mit
Mädcheninnen und weiblichen Hand-
arbeiten vertraut, zur Beaufsichti-
gung von Kindern und Stütze der
Haushalt auf's Land gefügt. Ab-
schrift der Zeugnisse nebst Gehalts-
Ansprüchen frei einzusenden unter
N. N. postlagernd Mörschelwitz, Kreis
Schweidnitz. [2406]

Hauslehrer gesucht.

Zur Beaufsichtigung von vier Schu-
len, welche das Gymnasium einer
Provinzialstadt besuchen, wird alsbald
oder zum Termine Oster bei hohem
Salair und freier Station ein Philo-
loge oder Theologe gesucht. Da der-
selbe keinen Unterricht zu ertheilen hat,
bleibt ihm für eigene Arbeiten völlig
freie Zeit. Kandidaten, welche gute
Zeugnisse und Empfehlungen aufzu-
weisen haben, wollen dieselben nebst
kurzer Angabe ihrer Lebensverhältnisse
an mich einsenden. [624]
Breslau, den 11. Februar 1875.
Fr. v. Riekhofen.

Eine tüchtige [1598]

Directrice,

mosaischer Confection, die zugleich Ver-
käuferin ist, findet in meinem Bande,
Weißwaren- und Puzzgeschäft zum
1. März od. 1. April Engagement.

V. Silbersfeld in Cösel.

Mehrere Verkäuferin-

nen, die Kenntnis vom Puzz-
Geschäft, Seidenband- und Weiß-
waren-Branche besitzen und
gute Zeugnisse hierfür beibringen

können, werden unter **VDP-**

theilhaftesten

Bedingungen gesucht. [2494]

Offerter sub H. 2510 an die

Annoncen-Expedition von Haa-
enstein & Vogler, Ring 29,
erbeten.

Ein anständiges, junges, jüdisches

Mädchen wünscht bald oder per
1. April Stellung als Schänkerin.
Briefe werden erbettet postlagernd

G. H. Nr. 50 Rosenberg OS. [1630]

Eine gesunde kräftige Amme sucht
Stellung. Näheres bei Christiane
Bettner in Arnoldsmüller bei Deutsch-
Lissa, wohnhaft beim Maurer Scholz.

Ein gewandter Reisender,

welcher für die Manufactur-Warens-
Branche mit Erfolg gereist und mit
der Kundheit ganz vertraut ist,
wird für ein bedeutendes Manufac-
tur-Warens-Engroßgeschäft unter
sehr günstigen Bedingungen zu enga-
giert. Offerter unter A. Z.

186 an das Stangensche Annoncen-
Bureau, Breslau, Carlstraße 28.

Ein tüchtiger Buchhalter, gesetzten

Alters, sucht per 1. April oder
früher dauernde Stellung.

Gefl. Offerter A. Z. 35 Exped. der

Bresl. Btg. [1428]

In meinem Band-, Leinen- und
Weißwaren-Geschäft findet ein

tüchtiger Verkäufer

am 1. April c. Engagement. [2404]

H. Langer.

Gefällige Offerter werden unter

E. O. 19 postlagernd Gleiwitz er-
beten. [2408]

Breslauer Börse vom 12. Februar 1875.

Inländische Fonds.

	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.
Prss. cons. Anl.	4½	105,75 B.
do. Anleihe ..	4½	—
do. Anleihe ..	4½	99,50 B.
St.-Schuldsch..	3½	92 B.
do. Präm.-Anl.	3½	138 B.
Bresl. Stdt.-Obl.	4	—
do. do.	4½	100,75 B.
Schl. Pfdsbr. altl.	3½	86,20 B.
do. do.	4	96,15 B.
do. Lit. A....	3½	—
do. do. ...	4	94,50 bzB
do. do. ...	4½	100,75 B.
do. Lit. B....	3½	—
do. do. ...	4	[94,25 G.]
do. Lit. C....	4	I. 96,75 B. II.
do. do. ...	4½	100,75 B.
do. (Rustical)	4	I. 94,75 B.
do. do. ...	4½	II. 94,25 G.
do. do. ...	4½	100,50 G.
Pos. Crd.-Pfdbr.	4	95,20 bz
Pos. Prov.-Obl.	5	—
Rentenb. Schl.	4	96,50 B.
do. Posener	4	—
Schl. Pr.-Hilfsk.	4	93 B.
do. do.	4½	98,50 G.
Schl. Bod.-Crd.	4½	95,50 bz
do. do.	5	100,80 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	—

Ausländische Fonds.

Amerik. (1881)	6	—	103,30 G.
do. (1885)	5	—	102,40 B.
Französ. Rente	5	—	69 B.
Italien.	5	—	64,80 B.
Oest. Pap.-Rent.	4½	—	69,60 à 20 bz
do. Sülb.-Rent.	4½	115 G.	—
do. Loose1860	5	—	307,10 B.
do. do. 1864	—	—	83,40 B.
Poln. Liqu.-Pfd.	4	71,10 bz	81,15 B.
do. Pfdsbr.	4	—	91,70 B.
Russ. Bod.-Crd.	5	—	43,80 B.
Warsch.-Wien	5	—	—
Türk. Anl. 1865	5	—	—

Inländische Eisenbahn-Stammactien und Stamm- Prioritätsactien.

Br.-Schw.-Frb.	4	92 B.	—
do. neue	5	—	—
Oberschl. ACD	3½	141,75 B.	—
do. B.	3½	—	—
do. D.N.Em.	—	—	—
R.-O.U.-Eisenb.	4	110,75 B.	—
do. St.-Prior.	5	112 B.	—
B.-Warsch. do.	5	—	—

Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Amtl. Cours.	Nichtamt. C.	
Freiburger	4	92 B.	
do.	4½	99,50 B.	
do. Lit. G.	—	—	
Oberschl. Lit. E.	3½	84,75 B.	
do. Lit. C. u. D.	4	93 G.	
do. 1873.	5	—	
do. Lit. F....	4½	—	
do. Lit. G....	4½	99,90 à 100 bz	
do. Lit. H....	4½	100,75 B.	
do. 1869	5	103,60 G.	
do. Na. Zwb..	3½	—	
do Neissabrieg	4½	—	
Cosel-Oderbrg.	4	—	
do. eh. St.-Act.	5	—	
R.-Oder-Ufer...	5	108,50 G.	

Ausländische Eisenbahn-Aktionen.

Carl-Lud.-B...	5	—	107,20 G.
Lombarden ..	4	236 G.	pu 237,50 à 37 bz
Oest.-Franz.-St.	4	526 G.	p. u. 527 bz
Rumänen-St.-A.	4	34,60 G.	—
do. St.-Prior.	8	—	—
Krakau-O.S.Ob.	4	—	—
Warsch.-Wien.	4	—	—

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Kasch.-Oderbg.	5	—	—
do. Stammact.	—	—	—
Krakau-O.S.Ob.	4	—	—
do. Prior.-Obl.	4	—	—
Mähr.-Schl....	—	—	—
Central-Prior. .	5	—	—

Inländische Eisenbahn-Stammactien und Stamm- Prioritätsactien.

Br.-Sch
